

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1  
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 1/8 Uhr bis 1/17 Uhr.  
Täglichste Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Abdruck: Kottbuser Verlag. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank  
Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereingte Zeitungsverlage, G.m.b.H.  
Postfachkonto Berlin NW 279 78

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlbar. —  
Geldbezug inf. Bestellgeld 3,80 Mark; Streifenband im Inland sowie nach Österreich, Litauen, Luxemburg, Dänzig, Memel und Ostpreußen 4,50 Mark, übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von  
**Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg**

Anzeigenpreis: Die Tagesblätter Kompartimentsseite 70 Pf. Arbeiter-  
organisations- und Familienanzeigen: Seite 40 Pf.  
Kleinanzeigen: Tagblatt 15 Pf., Wochenblatt 30 Pf. Arbeiter-  
markt: Wort 5 Pf.  
Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (P 1) Perolina 1829, 1919.

## Die Hungernden marschieren gegen die faschistische Diktatur!

Das werktätige Volk von Berlin demonstriert für Brot, Arbeit, Freiheit! — Massenaufmärsche auf dem Alexanderplatz und im Berliner Westen  
Polizeiüberfälle mit Scheinwerfern, Gummiknüppel und scharfen Schüssen — Reichswehr wird alarmiert — Die Nazi-Sturmabteilungen zum Einsatz gegen die Arbeiterchaft bereit — Der Schritt der Hungerbataillone beherrscht die Straßen!

Die Hungernden marschieren. Auf den Straßen Berlins, vor dem roten Haus am Alexanderplatz, dem Sitz des Polizeipräsidenten, und im Westen der Bourgeoisie, an der Ecke der Auguststraße, wo die wenigen Rußländer der allgemeinen Not preisen und schlennen, marschieren die Arbeiter, die Arbeiterfrauen, die Erwerbslosen, die Alten und die Jungen, die Männer und Frauen des schaffenden Volkes, die Proletariat vom Betrieb und von der Stempelstelle.

Auf die Hungerdemonstrationen von Hamburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz und zahlreichen anderen Städten in ganz Deutschland folgten die Massenemonstrationen im roten Berlin. Das unglückliche Polizeiaufgebot, die hilflose Nervosität, mit der die Organe der Polizei Berlin in einen förmlichen Bürgerkriegszustand versetzten und Maßnahmen wie unter dem Belagerungszustand verhängen ließ, die Mobilisierung der gesamten Nazi-Sturmabteilungen, die in ihren Lokalen am gestrigen Abend marschbereit standen, — das alles kennzeichnet die außerordentliche Verschärfung der Klassengegensätze und das Tempo, mit dem die Krise sich zuspitzt.

Es ist bezeichnend genug, daß an demselben Tage, an dem nach der Meldung einer bürgerlichen Zeitung zwei Minister der preussischen Regierung eine verlogene „Wohltätigkeits“-Mission mit den Worten ausriefen: „Es sei der Polizei nicht zuzumuten, auf hungernde Menschen zu schießen“, gleichsam als lebendige Illustration an zahlreichen Stellen Berlins die Schüsse der faschistischen Polizeigruppen auf die Hungernde der Arbeiterchaft entzündeten.

Die legalen Demonstrationen der Berliner Arbeiterchaft in den letzten Wochen wurden immer wieder grundlos von der Polizei überfallen. Es ist offensichtlich, daß die Arbeiterchaft gerade deshalb, weil ihr das legale Recht auf die Straße durch die Polizeiüberfälle systematisch geraubt wurde, am gestrigen Freitag vor dem Hause des Polizeipräsidenten selbst am Alexanderplatz demonstrierte.

Brot, Arbeit und Freiheit! Das ist die Kampfparole, unter der sich die wachsende Einheitsfront der Werktätigen zum Volkskampf gegen die faschistische Diktatur zusammenschließt. Der Marschschritt der Hungerbataillone, der gestern, trotz aller Polizeibrutalitäten, festhaft in den Straßen Berlins ertönte, zeigt, daß die Massen nicht gewillt sind, sich kampflös der faschistischen Diktatur und der Hungerkatastrophe des kapitalistischen Systems zu ergeben.

### Der Alexanderplatz überflutet von Demonstranten

Alexanderplatz, 17.30 Uhr. Starke Polizeipostenkette an den Zufahrtsstraßen am Bahnhof, um das Rathaus. Der Verkehr wickelt sich ruhig ab. Da und dort bilden sich kleine Gruppen. Proleten in geschlossener Kleidung, die Hände tief in den Taschen vergraben, diskutieren.

18 Uhr. Polizeiliche Kräfte kreuz und quer. Ein verdorbener Reichswehrkraftwagen kraucht langsam über den Platz. Stahlhelme blitzen im Schein der Straßenlaternen. Der Verkehr wird gehemmt durch immer größer werdende Menschenmassen. Die Polizei wird nervös.

18.30 Uhr. Aus den Zufahrtsstraßen dröhnt Marschschritt tausender Demonstranten. „Wir fordern Arbeit und Brot!“ donnert es an den Häusergiebeln empor. Der Demonstrationzug des Ostens marschiert am Polizeipräsidenten vorbei. „Nieder mit der Regierung!“ schallt es aus hundert Röhren. Zwei Ueberfallautos sperren die Straße ab. Der Zug wird durch die Passage geleitet. Aus allen Straßen strömen hungrige Erwerbslose und Arbeiter aus den Betrieben. Die Protokolle noch unter dem Arm. auf den Platz. Der Verkehr stockt. Die Polizei konzentriert ihre Hauptkräfte in der Nähe von Tieh. Vier große Ueberfallautos, drei Flitzer, ein Offizierswagen.

### „Wir haben Hunger!“

19 Uhr. In allen Ecken, auf allen freien Plätzen stehen Proleten. Der ganze Platz ist überfüllt. Da donnert in der

Nähe von Tieh der erste Sprechchor über den Platz. Die Echoantwort es von allen Seiten. Die Jalousien der Geschäfte ralleln herunter. Die Polizei springt von den Wagen. Aufstellung zum Sturmangriff. Sturmriemen über das Kinn gezogen, Gummiknüppel in der Hand. „Züubern!“ schreit ein Offizier. Mehrere Mannschaften jähren los auf die Erwerbslosen, die ihren Hunger hinausjäten.

19.15 Uhr. Sprechchöre umranden den Platz. Ein einziger Schrei: „Hunger!“, von tausenden Stimmen getragen, läßt die Speicher in den Cafés erzittern. Wahlos schlägt die Polizei auf die Passanten ein. Aumungslose werden blutig geschlagen, bleiben am Boden liegen. Selbst die Angestellten aus den Warenhäusern werden nicht verschont. Die Käufe der Erwerbs-

losen hallen sich und ihr Ruf dröhnt über den Platz. Von allen Seiten rasen Ueberfallautos heran. Polizei springt ab, schlägt wie wild um sich. An der Dirschenstraße fallen Schüsse. Der Platz wird geräumt. Aber immer wieder bilden sich Gruppen. 19.30 Uhr. „Ruhe und Ordnung“ ist wieder einigermaßen hergestellt. Die Erwerbslosen sind in die Seitenstraßen abgedrängt. Spontan bilden sich Demonstrationzüge, die die Polizei auseinanderzujiprenge versucht.

### Die Polizei schießt . . .

In der Richtung zur Volksbühne marschierte diszipliniert, in geordneten Reihen, ein Demonstrationzug. Die Kapelle spielt das Fliegerlied. Arbeiter schließen sich dem Zug an. Pö-

### Krylenko beantrast

## Nicht Todesurteile!

Moskau, 5. Dezember. Genosse Krylenko forderte am Schluß seiner Anklagerede vom Obersten Gerichtshof der Sowjetunion gegen alle acht Angeklagten das Todesurteil durch Erschießen.

Zum erstenmal während des ganzen Prozesses bricht im Saal eine spontane langandauernde Weisfallstunde aus. Der Antrag des Staatsanwaltes wurde von den Versammelten stehend mit ungeheurem Beifallssturm entgegengenommen.

Am Schluß seiner Anklagerede führte Krylenko aus: Unser Ausgangspunkt ist die Frage nach der Verteidigung der Sowjetmacht gegen konterrevolutionäre Angriffe. Unser Gericht ist eine Waffe der proletarischen Diktatur gegen die Konterrevolution. Vor ihm stehen Reste der geschlagenen Bourgeoisie.

Lenin schrieb, es gibt Feinde, die man zeitweise befeigen, die aber aber keine Reaktion der Welt vernichten kann: das sind die Millionen der Arbeiterklasse und der armen Bauern. Gehören die Angeklagten zu dieser Sorte Feinde? Nein. Hinter

ihnen stehen keine Massen, sondern nur Reste absterbender Klassen.

Lenin fragt weiter: Ist es denkbar, daß eine revolutionäre Partei das Verbrechen gegen den Bestand der Revolution im Augenblick des schärfsten Klassenkampfes nicht mit dem Tode bestraft? Die Angeklagten sind solche Verbrecher. Die erbarmungslose Bestrafung hat auch den Zweck, die ewig schwankende Schicht der kleinbürgerlichen Intelligenz vom verbrecherischen Weg der konterrevolutionären Aktion abzuhalten.

Die Amerikung stellt fest die direkte vereinbarte langjährige Tätigkeit der Angeklagten im Bündnis mit der feindlichsten Gruppe der internationalen Bourgeoisie und den leitenden Kreisen des Imperialismus zum Sturz der Sowjetmacht.

Das genügt zur Feststellung des Staates der Konterrevolution, die gegen sie angewendet sind. Nicht umsonst haben Millionen Arbeiter in der GMR, die die Tätigkeit dieser Gruppe auf die flammende Straße gelaßt. Wer im Augenblick, wo alle Kräfte der imperialistischen Welt sich zum Kampfe auf Leben und Tod gegen die neu aufsteigende Welt des Sozialismus vereinigen, dieser anderen feindlichen Welt Hilfe leistet, muß ein für allemal vernichtet werden.

## Was geht an der Ostgrenze vor?

### Auffeherregende Interpellationen der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellationsanträge eingebracht:

Aus Jüterburg wird berichtet:

„Seit Montag wird in der Betriebswerkstätte Jüterburg der Reichsbahn tieberhaft gerüstet. Während bisher nur ein Panzerzug, bestehend aus einer Maschine und einem Wagen, für Jüterburg zur Verfügung stand, geht die Rettung der RM. jetzt dazu über, einen neuen Panzerzug auszurüsten. Dieser Zug besteht aus einer Maschine und drei Wagen. Am 1. Dezember wurde ein Teil der Belegschaft der RM., und zwar die zuverlässigsten Elemente, zu einer Ansprache zusammengeführt. Man suchte hier, der Belegschaft die Notwendigkeit der Rüstungen plausibel zu machen.“

Wir fragen die Regierung, ob sie Kenntnis von diesen Vorgängen hat und wenn ja, aus welchen Gründen und gegen wen diese Maßnahmen getroffen wurden.

Die nationalsozialistische Tageszeitung der „Angriff“ bringt im Zusammenhang mit der Verhaftung von bewaffneten nationalsozialistischen Sturmabteilungen im Schloß Jäichlowitz unter der Überschrift „Die Hintergründe von Breslau“ u. a. folgende Bemerkung:

„Sollte man die Sache aber weiter aufhaken und etwa mit Parteiverboten gegen die NSDAP. winken, so könnte mir sehr denklich werden. Herr Erzberger weiß ja wohl, was wir meinen.“

Diese Bemerkung läßt den Schluß zu, daß der preussische Innenminister von dem Auftreten der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gewußt und diese als Bürgerkriegstruppe gegen die deutsche Arbeiterchaft geduldet und gefördert hat. Wir fragen die Regierung, ob sie eine Untersuchung dieser Angelegenheit eingeleitet hat und ob sie bereit ist, Auskunft darüber zu erteilen.

Sich rasiert ein Heberfallkommando heran. Von der anderen Seite noch ein. Scheinwerfer leuchten hell auf, stellen den Zug in taghell Licht. Die Polizei springt ab, und die „Arbeit“ beginnt. „Hunger“ rufen die Erwerbslosen. Die Polizei denkt, der Gummiknäppel vertreibt ihn. Plötzlich Kommando: „Pistolen los!“ Schüsse tragen. Die Revolver werden gegen die Häuser in der Linienstraße geschrien. „Jensler zu!“ Ein schriller Ruf. Die Polizei „säubert“.

In den Nebenstraßen bilden sich wieder Demonstrationen. Immer, wenn von einer Ecke der Ruf der Erwerbslosen: „Wir wollen Arbeit und Brot!“ erklingt, gehen die schweren Motoren der Schupostrassen auf höhere Touren, die Räder legen sich in Bewegung. Der Hunger wird „ausgetrieben“. Aber das ist nicht so einfach. Immer wieder rufen die Erwerbslosen:

### Sefangene mißhandelt

Nach in den späten Abendstunden bildeten sich in der Münzstraße und in den umliegenden Straßen immer wieder Demonstrationen. Die Polizisten reiten auf die Bürgersteige. Ein Schnellstraßenwagen der Polizei kommt angetrieben. Ein Klirren wie von zerplatzendem Glas. Ein Pflasterstein war durch die Windkühlerheber gefallen. Wer warf ihn? Aus der Alexanderkaserne wird auf die Straßennpassanten schendendes Wasser gegossen. Das Heberfallkommando 1A 29 180 nahm in der Kothringer Straße zwei Passanten fest und transportierte sie nach der Wache in der Handstraße. Im Hausflur wurden die zwei festgenommenen von 12 Polizisten mit Hirschjägern und Gummiknäppeln bearbeitet.

### Polizei erbricht Arbeiterwohnungen

Ungefähr 10 Polizeibeamte und der Hauptmann von der Hauswache, Mitglied der SPD, drangen nach der Schieferer in das Haus Linienstraße 21, gegenüber der Volkshöhle, und durchsuchten 4 Wohnungen. Sie suchten angeblich einen Schützen, der aus dem Hause auf die Polizei geschossen haben soll. Niemand hat nach unseren Feststellungen einen Schuß aus dem Haus fallen gesehen. Sie hausten unbeschreiblich. Stühle wurden an die Wand geworfen, Brot auf den Boden geworfen, Kleider, Schuhe, Schuhschrauben und Rinderspielkäse durchwühlt, alles, was nicht nützlich und nagelhart war, warfen die Ordnungsbücher auf den Boden. Einen verkränkelten Kranken Mann, der sich nur mit Mühe auf den Beinen halten konnte, packten die Beamten und wogen ihn mit zur Wache schleifen. Ein anderer Mieter, der wegen schwerer Nervenkrankheit in ärztlicher Behandlung ist, sollte ebenfalls mit zur Wache geschleppt werden. Als der Mann auf seinen Verberberzustand hinwies und das ärztliche Attest vorlegte, antwortete ein Schupobeamter: „Wir können verfahren wir noch ganz anders. Wir haben „drüben“ (auf der Wache) noch eine Zelle frei.“

### Der Weiten existiert

Um 13 Uhr laufende Demonstrationen zwischen Gedächtnisstraße und dem Bahnhof Zoo. Rufe erklingen: „Nieder mit der Regierung. Die Erwerbslosen fordern Arbeit und Brot!“ Fette Spednaden zittern. Mondäne Dämchen verzehren nervös die Gerechtigkeit. Die Luxusautos fahren schneller. Die anmarschierenden Züge waren von der Polizei ohne Grund auseinandergeschlagen worden. 15 Kraftwagen der Polizei konzentrierten sich an der Gedächtnisstraße. Im Schutze der Tiharoswagen einige Bourgeois freche Bemerkungen. Am Rollendorfsplatz, in der Mohrstraße, reitet die Schupo Attaden auf den Bürgersteig. Doch immer wieder bilden sich in den Seitenstraßen Demonstrationen.

### Vorbereitete Provokationen

Die Polizei „arbeitet“ wieder einmal nach einem genau festgelegten Plan. Sämtliche Demonstrationen, die sich vorher in den Stadtteilen bildeten, wurden auseinandergeschlagen. Angeblich langten die Demonstranten verbotene Lieber. Am Hermannsplatz wurde ein Zug der Neuföllner Arbeiter auseinandergeschlagen. Die Polizei beschlagnahmte eine Fichte-Fahne und verhaftete den Fahnenträger. Gründe unbekannt. In Köpenick fand eine große Demonstration der Arbeiter statt. Ein Versuch der Polizei, den Zug wegen Singens verbotener Lieber aufzulösen, mißlang.

### Sozialdemokratischer Fraktionsbeschluss für Brüning

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt gestern Abend eine Fraktionsbesprechung ab, in der, wie wir bereits seit längerer Zeit voraussagten, der Beschluss gefasst wurde, gegen die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und auch gegen die Mißtrauensanträge zu stimmen. Damit wiederholt die sozialdemokratische Partei ihren Verrat vom 18. Oktober und befördert erneut ihr offenes Einsinken in die faschistische Front.

## Ruhrkumpels rüsten zum Streik!

Neue Kampforganisation gewählt — Die AGD. wählt und organisiert den Kampf

Essen, 5. Dezember. Nachdem das Ruhrbergbauverbandlich erklärt worden ist, besteht die reformistische Gewerkschaftsorganisation die Ruhrkumpels förmlich darum, sich damit abzulassen. Die Bergarbeiter denken aber gar nicht daran, kampflos den Unternehmern das Feld zu überlassen, zumal jetzt auch der Lohnarbeit gekündigt worden ist und die Gebirgsarbeiter einen neuen Lohnkampf planen. Täglich werden in den Betriebsversammlungen unter Führung der AGD. zu den bestehenden Kampforganisationen weitere vorbereitende Kampforganisationen gewählt, die von den Ruhrbergarbeitern den Auftrag erhalten, für die Forderungen der AGD. den Streik zu organisieren. Die Belegschaftsversammlung der Schachtanlage „Volkshöhle“ beschloß, die Vorbereitungen zur Auslösung des Streiks zu verstärken und stellte ein betriebliches Kampfprogramm auf, in dem die Forderungen der AGD. enthalten sind.

# Bettelreden statt Brot!

Der preussische Innenminister, Sozialdemokrat Severing, und der Wohlfahrtsminister, der Zentrumsmann Stürckfer, haben gestern eine große Propagandaveranstaltung für die Freuenregierung durchgeführt, zu der sie Vertreter der Stadt, der Wohlfahrtsorganisationen und der Presse geladen hatten. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ führte Severing dabei aus:

„Die Radikalen beider Richtungen hätten um ihn, den Polizeiminister, eine Gummiknäppellegende gebildet, als ob er Freude daran hätte, den Polizeiknäppel springen zu lassen. Ja, er wolle Hilfsstruppen für die Polizei in diesem harten Winter, aber diese Hilfsstruppen sollen nicht mit Knüppel und Gewehr, sondern mit warmen Rüchen, Lebensmitteln und Heizmaterial ansetzen, um die Härten der Zeit ein klein wenig zu mildern. Jeder weiß, daß Reichs- und Staatsmittel hierfür nicht vorhanden sind. Die Etats sind begrenzt. Die preussischen Minister der zuständigen Ressorts, die für die Reichshauptstadt besonderes Verantwortungsgedühl aus staatspolitischen Gründen empfinden, haben sich daher an die Öffentlichkeit und die Wirtschaft gewendet, um eine konzentrische zusätzliche Hilfsaktion zur Steuerung des Massenelends in Berlin einzuleiten.“

Die gesamte bürgerliche Presse macht die Berichte über die Konferenz groß auf, als „Hilfsaktion für die Arbeitslosen“. Es gab einmal eine Zeit in der deutschen Sozialdemokratie, da wurde mit Erbitterung gegen das bürgerliche Wohlfahrtsgesetz, gegen die Bettelkassen der Heilsarmee und anderer christlicher Tanten geschrieben und geredet. Da wurde immer wieder die Pflicht des Staates, soziale Hilfe zu leisten, betont. Die Zeit ist längst vorbei. Die Sozialdemokraten sind unter den bürgerlichen Wohlfahrtskassen gegangen. Schon vor einigen Tagen wies der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Graefin in einem Interview darauf hin, daß die Pflicht, zu helfen, von den Wohlfahrtsorganisationen erfüllt werden müsse.

Erst rauben sie den Erwerbslosen die Unterstützung, dann machen sie Bettelaktionen.

Die Sozialdemokraten sind heute so weit, daß sie bewusst die Pflicht des Staates, den Opfern seiner „Ordnung“ soziale Hilfe zu leisten, verneinen. Die Pflicht des Staates ist nur noch, mit „Gummiknäppel und härteren Wasser“ die Hungernden niederzuschlagen.

Das ist sozialdemokratische „Sozialpolitik“.

Die Reichswehrgenerale stehen bereit

## Brüning behandelt den Reichstag nach Bismarck's Rezept

„Sie wissen nicht, was hinter den Dingen steht, wenn die Notverordnung jetzt zum Scheitern kommen sollte“

Reichskanzler Brüning hat von Bismarck gelernt, wie eine faschistische Regierung ein Parlament behandelt. Während die Notverordnungen selbst nicht vom Reichskanzler, sondern vom Finanzminister begründet wurden, erschien Brüning gestern vor dem Reichstag, um dem deutschen Volk den Rückfall der Reichswehr auf den Marsch zu zeigen.

Brüning begann mit einer Verteidigung des Gehaltszahlens an den Beamten und des Lohnraubes an den Arbeitern. Er fühlte sich eins mit dem Lohnraubischen Unternehmertum und erklärte: „Ich muß überhaupt zu meiner Freude feststellen, daß in sehr starkem Maße im Lande in dieser und anderen Fragen eine freiwillige opferbereite Mitarbeit zur Stützung der Arbeit der Reichsregierung zu beobachten ist.“

Dann kam der Kanzler auf die Preissenkungsaktion zu sprechen. Es wäre ein Fehler, die Preissenkung auf viele Waren auszudehnen. Es gäbe heute schon vermutlich eine Reihe von Waren, bei denen weitere Preisensenkungen nicht möglich sind. (Laute Proteste der Kommunisten. Genosse Geischke erhält einen Demonstrationsruf.)

Die Reichsregierung habe niemals ein Fehl daraus gemacht, daß sie ihr Programm nur als einen Anfang für weitere Maßnahmen betrachtet. Die Reichsregierung müße in dieser Stunde die Parteien davor warnen, zu glauben, daß an

den Bestimmungen der Notverordnung noch viel, ja überhaup noch etwas geändert werden könnte. Und dann kam die offizielle Kampfanzeige des Kanzlers gegen die „werttätigen Waffen“:

„Sie wissen nicht, wenn die Notverordnung jetzt zum Scheitern kommen sollte, was hinter den Dingen steht. Es ist meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß wir eine furchtbare Verantwortung tragen und ich bin überzeugt, daß es genügt, Sie an diese Verantwortung erinnert zu haben.“

Was hinter den Dingen steht? Die deutschen Arbeiter wissen es. Hinter Brüning und seinen Worten stehen die Gewehre und Säbel der Reichswehrgeneräle. Brüning hat gestern den Stahlhelm der Reichswehr über den Kallenden gestülpt und die Fraktionen von der SPD. bis zu den Nationalsozialisten haben ihn verstanden. Sie fühlten sich wohl unter dieser neuen Bedachung des Reichstages. Besonders eilig haben es die Sozialdemokraten, es sich darunter wohllich einzurichten.

Diese Kampfanzeige des Kanzlers der faschistischen Regierung mahnt die Massen des Reichstages, sich in geschwiegener Front zu Befestigung der faschistischen Diktatur zusammenzuschließen!

## Bolle-Arbeiter für Streik!

Von 900 Abstimmenden 800 für Streik — Jetzt zum Schlag!

Die Urabstimmung unter der Belegschaft der Meierei Bolle gegen den im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnraub von zehn Prozent hat eine gewaltige Mehrheit für den Streik ergeben. Von etwa 1000 Beschäftigten haben 800 gegen den Schiedsspruch und nur 100 dafür gestimmt.

Die Bolle-Arbeiter werden jetzt nicht mehr zögern. Unter Führung der AGD. muß sofort der Streik organisiert werden, nachdem bereits durch die Maßnahmen des reformistischen Betriebsrates die Mißfahrer verhindert wurden, an der Streikabstimmung teilzunehmen.

Heute nachmittag um 17 Uhr findet im Vokal Schlager,

Stromstraße 62, eine Versammlung der AGD. statt, an der sich die gemehrterter Kollegen teilnehmer werden. Dort wird das Kampfprogramm aufgestellt und beschlossen.

## „Hamburger Volkszeitung“ verboten!

Hamburg, 5. Dezember. (Eig. Bericht.) Der sozialdemokratische Senator Schöndorfer hat die „Hamburger Volkszeitung“ und die „Arbeiterzeitung“ auf Grund des Republikverweiges bis auf weiteres, längstens bis zum 1. Januar 1931 verboten. Das Verbot erfolgte mit der gleichen Begründung, wie die Beschlagnahmeverfügung, die deshalb ausgesprochen wurde, weil sich die Leiter der „Hamburger Volkszeitung“ bei den Leserkonferenzen über die Zusammenfassung eines „Einheitsorganes“ berieten. Auch die Arbeiterzeitung Berlins protestiert mit aller Schärfe gegen dieses nicht einmal genau bekannte Verbot durch eine sozialdemokratische geführte Regierung.

## Drittes Todesopfer in Leipzig

Leipzig, 5. Dezember. Im Freitag vormittag ist im Krankenhaus der Straße Riebling an den Folgen eines Schußverletzungen gestorben. Es ist das dritte Todesopfer der Polizeigewalt auf die demagogischen Erwerbslosen. Eine Angel der Polizei des Sozialdemokraten H. Schuler hatte ihn eine Schlappe getrieben. Er ist qualvoll verstorben.

Komms, 5. Dezember. Die vom Föderation (!) angeregte Aufnahme unmittelbarer Verhandlungen zwischen Litauen und Polen über die reichs-deutschen Grenzverhältnisse sollen am 15. Dezember in Berlin beginnen.

Brot und Arbeit!

„Demagogie“, die den Kapitalismus bedroht

Stadtbürgermeister Engel, Nationalsozialist, in der Berliner Stadtbürgermeisterversammlung...

P. L. Vier Millionen Arbeiter sind erwerbslos. Täglich kommen zu dieser Armee immer neue Scharen...

Die Kommunisten haben im Reichstag und in den Gemeindeparlamenten Forderungen der Erwerbslosen gestellt...

Man sollte meinen, daß jede Partei, die sich Arbeiterpartei nennt und vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten...

Und jetzt in der tiefsten Krise, wo die Kapitalisten „leben fähig“ brauchen, um ihre Bankrotte, in allen Fugen tragende Wirtschaft zusammenzuhalten...

Aber die Nazis und Sozialdemokraten sehen nicht nur ein, daß man den Erwerbslosen nichts geben kann...

Aber so kann eben nur jemand antworten, der auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaft steht...

Zu der Tat, die kapitalistische Gesellschaft ist außerstande, den Millionenmassen vor Erwerbslosigkeit eine ausreichende Unterstützung zu garantieren...

Für die Erwerbslosen und für die gesamte Arbeiterklasse ist die Forderung der Kommunisten, eine Sondersteuer für die Reichen einzuführen, keine Demagogie...

Wahrhaftig, Nazis und Sozialdemokraten haben erkannt, daß die Forderungen der Kommunisten Hilfe für die Erwerbslosen!

Aber Sozialdemokraten und Nazis sind gar nicht der Art, daß man diese Ausbeutergesellschaft vernichten muß...

Aber damit überzeugen sie keineswegs die Arbeiter von ihrer Behauptung, daß die Kommunisten nicht ernst gemeinte Forderungen aufstellen...

Gen. Golke vor dem bürgerlichen Klassengericht

Zörgiebel verurteilt!

Die Justiz auf der Flucht vor ihren eigenen Anklagen — Genosse Golke freigesprochen — Die Feststellungen der Kommunisten über die tatsächliche Rolle der Polizei gerichtsnotorisch

Wieder einmal stand der Genosse Golke vor den Schranken eines bürgerlichen Gerichts in Moabit. Dieser Prozeß wurde zu einer glänzenden Niederlage der bürgerlichen Justiz...

Dem Staatsanwalt wird das schlicht unangenehm. Er erhebt sich wiederholt und will widersprechen.

Der Richter meint: Sozial Tatsachen brauchen wir nicht. Genosse Golke: Ich werde mich entschieden dagegen, daß man meine Beweisführung nicht zulassen will...

Genosse Hirsch, der dann als Zeuge vernommen wird, schildert die Gewalttätigkeiten der Polizei während des Mai 1929 und die wiederholten Feuerüberfälle auf das Karl-Liebknecht-Haus...

Sie lassen ihre wichtigsten Anklagepunkte fallen, weil die Angeklagten zu Anklägern wurden und jede ihrer Behauptungen Klipp und Klar bewiesen.

Der Staatsanwalt retierte sich auf das Gildendes Paragraphen 20 und beantragte aus formalen Gründen Freisprechung des „Angeklagten“ Golke.

Genosse Golke erklärte in seinem Schlusswort noch einmal, daß er die Verantwortung für das Geschehene übernehme und dafür einstehen.

Nach einer kurzen Beratung verkündete das Gericht, entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts, den Freispruch des Genossen Golke.

Auch ich glaubte, Hitler hilft

Het zur Partei des Kommunismus!

Die SPD, die einzige Partei, die ihren Worten Taten folgen läßt

Wir erhalten von einem Arbeiter folgenden Brief, der bezeichnend ist für die Stimmung großer Arbeitermassen. Er ist ein Appell an alle, tiefer in die Rassen einzudringen...

Wir müssen wissen, warum man uns als Delegierte nicht ins Rathaus ließ. Es war vorausgesehen, die Verammlung der Erwerbslosen in den Andreasfällen war gut besucht...

Nachdem ich 3 Jahre mein Leben unter Großjunkern und feudalen Gutsherrn fristen mußte, bin ich mir klar über mein ferneres Verhalten:

tätkräftig zu arbeiten und zu leben mit der SPD, und für die SPD!

Im März 1919 stand ich noch Tosen in der Wilhelmstraße und auf dem Alexanderplatz mit zwei Bataillonen zum Schutze des Polizeipräsidenten...

Dann, als wir von Gutsbesitzerhänden mit Gummiknüppeln zur Arbeit angehalten wurden für 16-20 Pfennig pro Stunde, da kam auch bei mir die Befinnung...

1917 hieß es immer „Der dumme Kasse“, „Der will Revolution machen“ usw. Und heute? Nach den Berichten der Presse usw. muß es in Russland doch beisspielloser gut aussehen...

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Um ihren Lohn betrogene Lehrlinge

Die „Mausekoth“ die Lehrlinge vor dem Arbeitsgericht vertritt

Die Lehrlinge von Spener haben es abgelehnt, Streikbrecherarbeit zu leisten. Sie sind ihren erwachsenen Kollegen, die die große Metallschlacht kämpften, nicht in den Rücken gefallen...

Jetzt stehen sich Lehrlinge und Chef vor dem Arbeitsgericht gegenüber.

Die Lehrlinge verlangen 6 und 8 Mark wöchentliche Kostgeldentschädigung und Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Der Chef verlangt von den Lehrlingen eine aus dem Bruch des Lehrvertrages hervorgehende Geldentschädigung von pro Lehrling 600 Mark.

Die Verhandlung dauert über eine Stunde lang. Mausekoth vom DVB, klein, rundlich, der Tap des Heinen Fongen, der mit Rüstern und Fabrikanten scherzt und scherzt und den von ihm vertretenen Arbeitern mehr schadet als nützt, vertritt auch hier.

Aus den Verhandlungen des Richters ist zu entnehmen, daß die Beratung des Gerichts den Vorschlag der Lehrlinge und das Recht auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses anerkannt hat.

Was macht Mausekoth? Er hält den Lehrlingen vor Augen: Ein harmonisches Zusammenarbeiten ist doch jetzt nicht mehr möglich. Vergleicht euch. Vergleicht auf die Fortführung des Lehrverhältnisses, ver-

zichtet auf Zahlung des zu beanspruchenden Lohnes. Der Chef wird seinerseits auf die Zahlung der 600 Mark Entschädigung verzichtet.

Der Richter schloß greift diesen Vergleich sichtlich sofort auf. Der Chef ist selbstverständlich sofort einverstanden.

Der Vergleich ist gemacht. Die Lehrlinge haben zwei bis drei Jahre unlohn gearbeitet, sind um ihre paar Groschen Nettolohn betrogen. Herr Koch vom DVB, kloppf dem Herrn Chef lehnend auf die Schenkel. Ein Big fällt, beide gehen raus.

Auf der Dillabergstraße

Neuer Oberbürgermeister für Berlin. Nach der Stadtbürgermeisterwahl am Donnerstag wurde in einer geheimen Sitzung die Neuwahl des Berliner Oberbürgermeisters besprochen...

Parole: Sturmbereit!

## I. Generalappell des Kampfbundes

Heute, 18.30 Uhr, werden die Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus aufmarschieren zum I. Generalappell auf dem Kustriner Platz.

Der Kampfbund besteht erst wenige Wochen, und es war nicht leicht, die Organisation in so kurzer Zeit förmlich aus dem Boden zu stampfen. Der Berliner Metallarbeiterkampf und die NW-Arbeit nahm die ganze Kraft der Klassenbewussten Arbeiterjahre in Anspruch. Wohl leisteten die wenigen bestehenden Staffeln des Kampfbundes bereits während des Metallarbeiterkampfes wertvolle Hilfe gegen die national- und sozialfaschistischen Streikbrecher.

Durch intensive Weiterbildung ist es gelungen, in einer Woche mehr als 1000 Arbeiter im Kampfbund zu organisieren. Es waren nicht geringe Widerstände zu überwinden.

Mancher Arbeiter glaubte, daß der Kampfbund gegen den Faschismus höchst „überflüssig“ sei und verwies mit Kühner Handbewegung auf „die paar Männen“ von Nazis und Stahl-

Heute, 18.30 Uhr:

## Auf dem Kustriner Platz

1. Generalappell des Kampfbundes gegen den Faschismus

helm im roten Berlin, mit denen fertig zu werden eine Kleinigkeit sei. Diese unangebrachte Unterstützung der Todfeinde des Proletariats hat manchen Temporeißer verursacht. Gewiß ist der Faschismus im roten Keutölln, im Osten und Norden Berlins nicht die Hauptmacht der Goebbels, Stephanie und Co.

Die Hochburgen des Faschismus liegen in den weiträumigen Bezirken Berlins, vor allem aber vor den Toren Berlins, in den Dörfern und zahlreichen hochreaktionären Kleinstädten.

Der bestialische Feuerüberfall der Nazis in Bernau war ein deutliches Warnungssignal auch für die Berliner Arbeiter! Der Vormarsch der Nazis in Bremen, insbesondere aber die 48er-Diktatur Brünnings im Reich und der sozialfaschistische Terror in Berliner Rathäusern zeigen, wie notwendig es ist, alle Werktätigen zu organisieren, die ernsthaft gewillt und bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen.

### Den proletarischen Frontabschnitt gegen die faschistischen Verbände verstärken — dazu ist der Kampfbund geschaffen worden.

Hunderttausende kämpferische Werktätige aus der Arbeiterklasse, aus den kommunistischen Wählern, aus dem Lager der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter gilt es im Kampfbund gegen den Faschismus zu sammeln.

Der Kampfwille in den Massen ist da! Nicht umsonst verankert der Parteivorstand der SPD, mit Indarnergeheul Scheingeschreie „gegen“ den Faschismus. Den berufsmäßigen Demagogen a la Kuntze, Wels und Co. ist der antisozialistische Kampfwille gerade recht, um ihn für ihre schamlosen Demagogienstüde zu mißbrauchen. Nicht umsonst lassen die Wels, Kuntze und Konsorten ihre eigenen Mitglieder in Berlin und Breslau durch irreführende Reichsbannerleute vertrimmen, und bedrohen jeden mit Ausschluß, der es wagt, statt gerillener Schwindelmänner und leerer antisozialistischer Tiraden einen wirklichen, ernsten politischen Kampf gegen den Faschismus zu führen.

Der Kampfbund gegen den Faschismus ist bereit, alle diese ehrlichen antisozialistischen Kämpfer in seinen Reihen aufzunehmen. Der Kampfbund fragt nicht nach dem Parteibuch oder nach der Konfession.

Die Betriebs-, Arbeitslosen-, Wohngebiets- und Jugendstaffeln der Berliner Organisation des Kampfbundes gegen den Faschismus werden noch nach Hunderten gezählt. Der Grundstein ist gelegt!

Morgen aber werden es Zehntausende sein! Links, links! Parole: Sturmbereit!

Aus den Bezirksparlamenten

## Nur die Kommunisten fordern Hilfe für Hungernde

Polizei in Tempelhof — Arbeitslosenforderungen abgelehnt — Antwortet durch Massenankmärtliche

In dieser Woche tagten eine Reihe Bezirksparlamenten, in denen die Arbeiterparteien von der SPD bis zu den Nazis wieder ihr wahres Gesicht offenbarten.

In der Tempelhofer Bezirksversammlung forderten die Kommunisten durch Dringlichkeitsanträge Winterbeihilfe für die Arbeitslosen und Wohlfahrtsarbeiter. Die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit widersprach der Dringlichkeit. Stürmische Entrüstungsrufe von der Tribüne. Der sozialdemokratische Vorsteher läßt durch die Polizei die Arbeitslosen von der Tribüne entfernen. Dem kommunistischen Bezirksvorsitzenden Mehlis wird das Wort verweigert. Er spricht trotzdem für die Hungernden. Auf der Straße demonstrierten inzwischen Hunderte von Arbeitslosen. Wieder dringt die Polizei in den Saal und schleppt unter dem Protest der kommunistischen Fraktion den Genossen Mehlis raus.

### SPD für Schulgeldderhöhung

Schuldeputation lehnt ab — Nur SPD dafür

In der gestrigen Sitzung der Deputation für das Schulwesen legte der SPD-Stadtschulrat Kuchel seinen Entwurf für die Schulgeldderhöhung an den mittleren und höheren Schulen vor. Durch die Schulgeldderhöhung bzw. die Neuordnung der Schulgeldderhebung sollen große Summen eingespart werden durch Herausübertragung eines erheblichen Teiles der Kinder minderbemittelter Eltern. Insbesondere werden die „Auswärtigen“ durch eine Erhöhung von 25 Prozent und durch Abkürzung jeglicher Staffeln gespart werden. Mit Recht protestierte Genosse Friß Langge gegen diese unerhörte Maßnahme, die sich zu 99 Prozent gegen die zehntausend kleinen Sticker richtet, die rings um Berlin wohnen

### Unterstützt die Winterhilfe der NS.

54 Arbeiter ermordet, 1300 politische Gefangene, 7320 Angeklagte

Spender Geld, Kleidungsstücke, Lebensmittel, um die Not der proletarischen politischen Gefangenen und ihrer Frauen und Kinder zu lindern. Werbet Mitglied der Roten Hilfe! Nachstehend einige glänzende Beispiele proletarischer Solidarität! Ullstein, Liste Nr. 57 651, 41,20 Mark; Liste Nr. 57 652, 11.— Mark; Elser, Liste Nr. 57 650, 13.— Mark; Greze (elastisch, Heberbüsch von der Universum-Bücherei) 40,10 Mark. Reichsbrotfabrik, Liste Nr. 636 bis 645, 99.— Mark. Deutsche Bahngemeinschaft und Seidel & Co., Liste Nr. 634 und 635, 46,80 Mark. Hanselle Altkasernen-Gesellschaft (Berlinerische Bau-Gesellschaft) 38,80 Mark. Belegenschaft der Firma Albert Schulze, Baustraße Babelsberger Straße, 20.— Mark aus dem Kantinenfondus. Kolonie Grenznaher, 25.— Mark. Berichtigung: Die Belegenschaft der Firma Ideal, Hohenzollernstraße, sammelte nicht 4,05 Mark, sondern 44,05 Mark!

### „Stammfunden“

Innerhalb von zehn Tagen ist ein Konfektionsgeschäft in der Königsberger Straße nicht weniger als dreimal hinter einander dem Einbruch hinübergefallen. Vor einigen Tagen erschienen bei dem Inhaber zwei Männer, verlangten von ihm Geld und drohten bei Weigerung mit einem Einbruch. Es handelt sich um zwei Personen, die wegen eines Einbruchs in

Etwa einhundert Stunden lang kufthändelten die „Angehörigen“ der Bezirksversammlung Friedrichshagen über die kommunistischen Anträge. Die Forderung der Kommunisten, den 15-Pfennig-Lauf bei der HVG. einzuführen und ein Protest gegen die Massenentlassungen bei der HVG. fanden Annahme. Die Forderungen der Arbeitslosen, Wohlfahrtsempfänger und Kriegsbeschädigten, durch die Kommunisten vertreten, wurde die Dringlichkeit abgelehnt. Bei der Hege des SPD-Mannes Marsch gegen zwei kommunistische Wohlfahrtspfleger lag die Sitzung auf.

In der Bezirksversammlung Köpenick stellten die Kommunisten den Antrag, die Mietserhöhung von 1,50 Mark in der städtischen Notunterkunft rückgängig zu machen. Er wurde abgelehnt. Ebenso stimmte die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit die Forderungen der Wohlfahrtsarbeiter und der Arbeitslosen nieder.

und gezwungen sind, ihre Kinder in Berliner Schulen zu schicken. Durch die Neuregelung sollen diese kleinen Sticker insgesamt 330 000 Mark mehr Schulgeldder anbringen als bisher.

Die SPD-Fraktion der Schuldeputation beantragte, diese schandliche Schulgeldderhöhung insgesamt abzulehnen. Dieser Antrag wurde angenommen. Nur die SPD-Fraktion, an der Spitze der Schulrat Kreuziger und die „weisslichen“ Krollen Hädiche und Hädiche-Riediger, wagten für diese „Schulbau“ zu stimmen.

Nachbestimmungen steht bereits fest, daß der SPD-Magistrat, trotz der Ablehnung durch die Schuldeputation, mit Hilfe der Staatsaufsicht, die Schulgeldderhöhung und die Übertragung der höheren und mittleren Schulen von den Kindern der Fertigen durchzusetzen wird!

demselben Geschäft zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden waren. Am nächsten Tage gingen sie nochmals an dem Laden vorbei und riefen hinein: „In den nächsten Tagen kommen wir und schlagen auch die Scheibe ein“. Tatsächlich wurden dann auch später nachts zweimal die Scheiben zertrümmert und die Ladung geplündert. Von den Tätern läßt sich Spur.

### Roter Aufbau in der USSR.

Alle Werktätigen besuchen die Ausstellung „Roter Aufbau in der USSR“ in den Sophienböden, Sophienstraße 17-18. Sie ist geöffnet täglich außer Montags von 12 bis 22 Uhr. In der Ausstellung findet gleichzeitig die letzte Arbeiter-Radioschau ab der proletarische Weihnachtsmarkt der RSH. statt. Am 8. bis 7. Dezember werden die proletarischen Künstler a. d. Straße 20 und Elster, mit einem roten Kabarett aufwarten.

„Arbeiterkinder können krepieren“  
In Nr. 160 der „Roten Fahne“ vom 12. Juli b. Z. veröffentlichten wir den Brief der Arbeiterfamilie E. aus Moabit. Es handelt sich darin um die krank Jünglerin und den Wohlfahrtsarzt Dr. Israel, Cillystraße. Der Vater oder die Mutter der Jünglerin werden gebeten, sich sofort an der Redaktion der „Roten Fahne“ zu melden.

### Neues Postamt in Charlottenburg

Gestern wurde in Charlottenburg, Bismarckstraße 11, eine Zweigstelle des Postamtes Berlin-Charlottenburg 2 eröffnet. Vorhanden sind alle Arten, ausgenommen Paket, werden hier entgegengenommen. Das Postamt ist von 5 bis 10 Uhr geöffnet.



(57. Fortsetzung)

„Wer will über die Rippe hinüber und dort mit den Unsrigen Verbindung suchen?“ fragte Franz Kreuzat, als er wieder zu seinen Kameraden hintert. Murr stand auf und suchte sich zwei Mann aus: „Kommt mit!“ sagte er kurz.

Als Murr fort war, verteilte Franz Kreuzat seine Mannschaft. Die eine Hälfte blieb im Schütz, sie bekam den Auftrag, sofort vorne im Gebüsch Doppelposten auszustellen. Die beiden Maschinengewehre wurden in gute Deckungen gebracht, um im Falle eines neuen Vorstoßes der Reichswehr sofort loszukönnen. Ein drittes Maschinengewehr, das man hinter einem Holzstapel noch brauchbar vorgefunden hatte, nahm Franz Kreuzat mit, ließ die andere Hälfte der Mannschaft mitkommen und begab sich in rechter Richtung in den Wald hinein. Damit suchte er bis zum Eisenbahndamm vorzustoßen. Der diesem Teil befand sich auch wieder die Baggage, die es nach Festlegung des Ziel im Schütz leit geworden war. Eine Viertelstunde und länger später schickte sie unter äußerster Vorsicht durch die Büsche. Der Bahndamm kam nicht in Sicht, Franz Kreuzat ließ halten. Sie wanden an einer Waldwegkreuzung.

„Hier müssen wir uns erst zurechtfinden, sonst rennen wir, ohne es zu wissen, den Rossen in die Klauen!“ sagte er. Er schaute ein paar Meter aus, ließ das Maschinengewehr so in Stellung schaffen, daß es bequem nach rechts und nach links hin feuern konnte, und nahm dann den Rest der Mannschaft mit, um weiter zu suchen.

11.  
Je weiter sie kamen, um so beängert wurde Franz Kreuzat. „Wo sind wir denn?“ fragte er endlich und blieb betroffen stehen.

„Weiß der Hund“, brammte ein alterer Metaller, „hier scheinen die Rossen gründlich ausgeräumt zu haben, oder wir rennen zwischen beiden Fronten herum!“

„Dann würden doch Schüsse fallen“, erwiderte Franz. „Die ganze Front vom Bahndamm bis zur Rippe ist wie leergeräumt!“ Er überlegte noch, da stieß die Baggage, die links von der Mannschaft durch das Gebüsch kam, einen kräftigen Laut aus. Sofort schüttelte die Bande hin. Sie fanden den Schütten vor, der an allen Gliedern zitterte und grau im Gesicht nach einem Stöße hinwies: „Da —!“ In den Baum gebunden hing ein Mann in Arbeiterkleidung, mit aufgeschlagenem Schilde, aus dem das Gehirn hervorsquoll. Das Gesicht war durch das getrennte Blut unkenntlich.

Auch die übrigen Arbeiter schrien auf. „Hunde, verfluchte Hunde!“ krüchte Franz, dem schlecht wurde. Der alte Metaller schritt den Strich, der die Leiche festhielt, los. Ein paar Mann packten zu und schleppten den Toten ins Gebüsch. Der alte Metaller löste den Spaten, den er an seiner Seite trug und begann den Toten zu verscharren. Franz Kreuzat überwand die Uebelkeit und half mit.

„Was tun wir jetzt?“ fragten die Arbeiter und machten zurüstige Gefächter. Der Anblick der verstümmelten Leiche erhöhte ihre Unsicherheit, und sie drängten, anzuziehen.

„Das geht nicht, Genossen!“ sagte Franz Kreuzat. „Wir müssen hier bleiben, Posten ausstellen und dann sofort Meldung zurückschicken, damit wir noch vor Nacht Verstärkung bekommen!“

Während sie berieten, kam Murr. Franz erzählte ihm von dem Toten. „Was sollst du für richtiger, hierbleiben oder zurückgehen?“ fragte Franz.  
„Wir müssen hierbleiben und Stellung nehmen! Wer garantiert uns, ob wir auf dem Rückwege nicht noch größere Gefährlichkeit?“ sagte Murr. Er erbat sich, nach dem Schütz zu gehen und den Kameraden die größte Vorsicht einzuklinken. „Nehmer der Rippe liegen die Hambörner“, erzählte Murr noch kurz. „Sie haben beschachtet, wie die Rossen das Schütz überfielen, in dem sich bestimmt unsere Leute aufhielten! Sie hatten sofort Feuer gegeben, das von den Grüner und der Reichswehr beantwortet wurde, bis wir kamen und die Bande überstapften!“

Nach links und wir durch das Feuer der Genossen geschickt!“ Er ging im Schritt zu der zurückgelassenen Truppe zurück. Franz Kreuzat suchte geeignete Stellen aus und verteilte dort die Posten.

In einer Waldung, von der man etwa zweihundert Meter freies Gelände überblicken konnte, blieben der Schütten und der alte Metaller in guter Deckung mit dem Auftrag, sofort zu alarmieren, sobald Uniformierte zu sehen waren. Dann räumte er nochmal wie gehabt von Posten zu Posten, unterrichtet sie von der Gefahr, in der sie sich befanden und prägte einem jeden strengste Wachsamkeit ein. So kam er zum Schütz zurück, wo Murr bereits alle Maßnahmen zu einer Verteidigung getroffen hatte.

Das Kommando des linken Flügels übernahm ein Strohsträger, der als alter Soldat ohne viele Worte die Schütten besprachen hatte. Murr begleitete Franz Kreuzat zurück. Sie gingen von Posten zu Posten, kriegten dann das Waldgebüsch ab und schickten kriechend hunderte Meter vor, um Reichswehrposten festzustellen. Zum Glück brachte ein Schütz.

„Was tun wir, wenn es dunkel wird?“ fragte Franz Kreuzat, müde von dem aufregenden Hin- und Herbewegen. Sie hielten auf der Waldwegkreuzung wo sich die Mannschaft mit dem letzten Maschinengewehr befand.

„Wir müssen leben, daß wir Verstärkung bekommen!“ erwiderte Murr. „Wie?“ — „Einer muß zurück!“ — Franz Kreuzat hand und schrien müde zu werden: „Stäubst du darauf, daß wir's noch schaffen? Wir müssen uns auch nach einer Unterstüß für die abgegangenen Leute umsehen!“

„Geh'n wir mal zurück!“ — Murr streckte den Arm aus und zeigte auf einen Bauernkotten. „Dort wohnt ein Bauer, er muß Platz machen!“

Sie gingen auf des kleine Haus zu. Franz schickte mit dem Fingerstreckeln gegen die Tür. Ein mürrisches Mannsgesicht kam zum Vorschein: „Was wollt ihr?“ fragte der Mann.

„Stören Sie einen Mann frei, wo wir ein paar Mann unterbringen können!“ sagte Franz Kreuzat.  
„Ich habe trüb keinen Platz!“ Die Tür, die der Bauer geöffnet hatte, lag zu.  
Franz Kreuzat wurde böse. „Aufpassen!“ rief er und trat mit dem Karabinerstock gegen die Tür. Der Bauer schaute nieder und schimpfte: „Was wollen Sie denn? Ich habe keinen Platz!“

(Fortsetzung folgt)

Im Namen der Sowjetmacht:

# Genosse Krylento flagt an

## Von Schacht bis zur Industriepartei — Die Agenten des französischen Imperialismus — Die Mittel Pointares Proletariat aller Länder, verteidigt die Sowjetunion!

Moskau, 4. Dezember. Die heutige Sitzung des Schlichtungsprozesses brachte die Anklagerede des Genossen Krylento, der besonders den Unterschied zwischen dem Schachtprozess und dem heutigen Prozess gegen die Schlichtungsorganisationen hervorlegte. Das Kennzeichnende der Industriepartei ist, daß sie einen praktisch ausgearbeiteten genau detaillierten Plan der Intervention zu einem bestimmten Termin und mit bestimmten Mitteln hatte. Der Schachtprozess richtete sich gegen Schlichter, die mit Agenten einzelner Staaten in Verbindung standen, während im Prozess der Industriepartei ein Haufen vieler feindlicher Staaten auf Grund von militärischen Vereinbarungen enthalten wurde. Damals war es eine kleine Gruppe von Schlichtern, jetzt waren es zwei feste Organisationen, die „Industriepartei“ und die „Partei der werktätigen Bauern“.

In diesem Sinne klagte Genosse Krylento die Schlichter Kamkin und Genossen der schwersten Verbrechen am sozialistischen Aufbau an.

### Genosse Krylento:



GPU-Soldat im Sitzungssaal

In zehn kurzen Tagen rollte unter ungewöhnlichen Umständen der Prozess ab. Millionen Werktätiger in der Sowjetunion und in der ganzen Welt verfolgten mit Spannung jedes Wort. Die Bourgeoisie überschüttete in der Presse und in Reden die öffentliche Meinung mit einer Flut bläsender Lügen und veruchte gleichzeitig, die Aufmerksamkeit abzulenken. Es bewegte sie dabei eine tiefe Angst vor den Entscheidungen, die der Prozess bringen würde und brachte. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt war nicht zuletzt dadurch begründet, daß ein Geschwür am Sowjetstaat, eine ungeheure Schlichtungsarbeit in allen Zweigen der Industrie aufgedeckt wurde. Die klare Aufdeckung wird den schöpferischen Enthusiasmus der Millionenmassen des Proletariats der ganzen Welt zu gesteigertem Kampf für den Sozialismus beflügeln.

Vor zwei Jahren fand hier der Schacht-Prozess statt. Der jetzt stattfindende Prozess stellt eine erweiterte Reproduktion des Schacht-Prozesses dar. Damals hatten wir nur die Schlichter aus dem Kohlenbergbau vor uns, diesmal Schlichter aus allen führenden Zweigen, nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft. Damals waren die Schlichter mit einzelnen Emigranten und Schlichtern im Ausland verbunden, diesmal handelt es sich um eine ausgesprochene politische Klassenorganisation, um das Lagerprogramm, das mit den Schlichtern im Bündnis stand. Damals figurierten einige Namen emigrierter Industrieller, diesmal sind es

lebende Kreise der ausländischen Bourgeoisie bis hin auf die führenden Staatsmänner wie Polzard.

Das ganze Bild zeigt sich uns folgendermaßen: Konsoziation aller konterrevolutionären Kräfte zum Sturz der Sowjetunion.

### Welches sind die Ursachen?

In seiner großen Rede auf dem XVI. Parteitag entwarf Genosse Stalin ein gewaltiges Bild der Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze auf Grund der Weltkriege, die Pointare in seinem vorliegenden Artikel bestätigt und helllegt. Genosse Stalin zog daraus die Schlussfolgerung, daß hierdurch die Kriegsgefahr wächst, und zwar als Hauptgefahr die Gefahr konterrevolutionärer Kriege, die Gefahr einer Intervention gegen die Sowjetunion. Als Genosse Stalin dies sagte, plante Kamkin seine Rede nach Berlin, um seine Auftraggeber auf die ernüchternde und ausschließliche Einstellung aller Kräfte auf den militärischen Umsturz von außen einzustellen.

Unsere Todfeinde wurden in Flagranti ertappt, daher ihr Geschrei, daher ihre Lügen über den Zusammenbruch des Fünfjahresplans, die durch die Todfeinde vollkommen widerlegt werden.

Die Sowjetunion verfolgte und verfolgt eine Friedenspolitik. Es sind die Imperialisten, die ein furchtbares Verbrechen, den Weltkrieg gegen die Sowjetunion vorbereiteten.

Bei der Untersuchung der vielen Einzelheiten der verzweigten Tätigkeit der Schlichter müssen wir uns immer vor Augen halten:

Wir kämpfen um die äußere Sicherheit des Sowjetlandes, um die Möglichkeit der Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus.

Diese Möglichkeit war in Gefahr. Diese Gefahr muß beseitigt werden. Die ganze Geschichte der Schlichter, die sich vor uns entrollt, beweist, daß ihre Anfänge weit zurückgehen. Am Beginn der gesamten Schlichtungsarbeit sowie der Gründung der Industriepartei finden wir die gleichen Personen: Rabitschew, Paltichinski, Chrennikow. Aus Initiatoren auf einzelnen Gebieten wurden sie, im Bündnis mit anderen, Leiter der konzentrierten Zusammenarbeit. Diese leitende Rolle bestimmt vor allem das Ausmaß der Gefährlichkeit der jetzigen Angelegenheiten für die Sowjetunion.

### Die Rolle der Industriepartei

Die Partei ist gekennzeichnet als eine konspirative Organisation mit weitverzweigter Tätigkeit in allen Industriegebieten und unter einheitlicher qualifizierter Leitung. Die Erteilung der Aufträge sowie ihre Durchführung und Kontrolle bedingten eine eigenartige Struktur (leitender Aufbau) der Industriepartei. Die Spitze dieser Organisation lagte sich in der Leitung der Sowjetwirtschaft, in der Staatlichen Planwirtschaftskommission fest, weshalb die Gewinnung solcher leitender Personen wie Djabuschinski (stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Planwirtschaftskommission) sehr notwendig war.

In der Periode der Industrialisierung der Sowjetwirtschaft spielten die Ingenieure für die französischen Vorbereiter des Sturzes der Sowjetmacht das geeignete Räder dar.

Solange die Sowjetmacht noch nicht eigene zuverlässige Räder proletarischer roter Ingenieure besitzt, bedarf sie der alten Ingenieure als Vermittler des technischen Wissens der hochentwickeltesten kapitalistischen Wirtschaft. Die Theorie der Ingenieure, wonach sie zur Leitung des Staates berufen und angeblich eine Herrschaft der Ingenieure in ihrem „Zukunftstaat“ anstrebten, wurde durch den Prozess nicht nur

als politische Fehlleistung, sondern als politischer Beitrag entlarvt.

Die Angeklagten selbst mußten zugeben, daß sie genau wußten, was die geplante Militärdiktatur praktisch bedeutete. Kamkin behauptete: Erst Beruhigung, dann Ordnung! Die politischen Ideen und Ziele, die die Pariser Emigranten auf ihren Festen im Verein mit französischen Generalen und Industriellen ausplaudern, zeigen den wahren Inhalt: Erst Greuel, Reichenhauen und Bluthaufen, dann (zu Kamkin):

Der Mörder hat seine Schuldigkeit getan, der Mörder kann gehen!

Wenn Kamkin erzählt, daß Djabuschinski seine Pläne, d. h. den Staatskapitalismus, angenommen habe, so fragen wir:

Wer war hier der Dumme?

Was praktisch das Ergebnis der Verwirklichung der hintersten Pläne der Industriepartei unter der Leitung der reaktionärsten Emigranten im Bündnis mit dem französischen Generalstab gewesen wäre, steht außer Frage.



Moskauer Arbeiter als Zuhörer

### Worauf stützt sich unser Beweis?

Die erste Reihe der Beweismittel sind die Geständnisse der Angeklagten. Das Ausland versucht die Geständnisse durch die verschiedensten Verdächtigungen zu entkräften.

Ist es denkbar, daß eine ganze Reihe von Leuten, „wahlos“ von der GPU verhaftet und dann getrennt, völlig übereinstimmende Aussagen gemacht haben?

Ist eine so grandiose „Verabredung“ denkbar? Das Zusammenfallen der Aussagen wird verstärkt durch ihr Zusammenfallen mit den Aussagen und Dokumenten historischen Charakters, wie die Mitteilungen des seit dem 1. April 1925 verhafteten Krasnowski und die im gleichen Jahre publizierten Ergebnisse der Untersuchung des Zustandes im Eisenbahnbauwesen. Was soll die Angeklagten zu ihren Aussagen bewegt haben?

Die Angeklagten selbst haben die lächerliche Unterziehung von Erpressungen durch Foltern hier öffentlich widerlegt.

Die ganze Geschichte kennt keine „Helden der Schlichtungsarbeit“. Keine Idee, keine Idee und nicht sie. Die Szene des Beginns der heutigen Verhandlungen mit der Aufdeckung der Rolle des Geldes bei der Schlichtungsarbeit zeigt die tiefe moralische Zerfahrenheit.

Den Angeklagten blieb kein anderer Ausweg als zu sprechen.

Die eigenen Zueinigungen des Lagerprom in der bekannten Erklärung und noch deutlicher in den Reden anlässlich der Jahresfeier des Bestehens des Lagerprom lassen keinen Zweifel über die altid sowjetische, unblühliche Haltung g. über die Verbindung mit konterrevolutionären bewaffneten Streitkräften und über die Absicht des Sturzes der Sowjetmacht „in wenigen Monaten“ zu. (Die Rede wird fortgesetzt.)

## Aus dem Hinterhalt erschossen

### Der Mörder mit der 1500-Mark-Beute geflüchtet

Wien, 6. Dezember. In der Nacht zum Freitag wurde die Kaffiererin des Stadttheaters in Wien, Wally Dietrich, auf dem Wege vom Theater zu ihrer Wohnung aus dem Hinterhalt erschossen und beraubt.

Die Kaffiererin war gerade im Begriff ihr Haus zu betreten, als sie von zwei Kugeln, die sie in den Hinterkopf trafen, niedergestrichelt wurde. In demselben Augenblick sprang ein Mann hinter einem Baum hervor und entriegelte die Sterbende die Koffer mit 1500 Mark Inhalt. Bevor die Passanten sich an ihrem Schicksal erholen konnten, war der Mörder bereits geflüchtet. Dem Fliehenden kam der Umstand zu Hilfe, daß gerade ein Lastauto mit einem Fahrgänger vorbeifuhr, das Dichtung war und ziemlich Geräusche verursachte.

Man vermutet, daß der unbekannte Kaufmänn er, der offensichtlich mit den Beschäftigten genau Bescheid wußte, der Kaffiererin folgte und die Tat in dem Augenblick ausführte, als Wally Dietrich die Koffer auspacken wollte. Nach ziemlich ausführlichen Auslagen von Augenzeugen kommt als Täter ein 25- bis 30-jähriger Mann in Frage.

### Seltene Begegnung auf hoher See

#### Gehendes Schiff ohne Besatzung geborgen

London, 5. Dezember. Drei englische Fischer haben am Donnerstag den französischen Zweisitzer „Cambresse“ in den Hafen von St. Gallier eingeschleppt. Sie hatten das Schiff auf der Höhe von La Roque unter dem Namen „L'Espérance“ angetroffen.

Wie die Fischer ganz entsetzt berichteten, war das Großsegel und das Mastsegel geflohen. Der Hilfsmotor lief, doch der

Auss des Schiffes war unregelmäßig. Nach einigem Zögern nahen die Fischer Mut und besetzten das Deck des unheimlich stillen Schiffes. Trotz Suchens fanden sie nirgendwo einen Menschen. Aber in einer Kabine fanden sie eine brennende Kerze. Auf dem gebunden Tisch stand ein Mahl, bestehend aus Gebäck, Brot und Butter. Durch diese seltsame Vergewaltigung der Aberglaube der Fischerbevölkerung, die von einem „Geisterboot“ nach dem Muster des „fliegenden Holländers“ reden, neue Nahrung erhalten. Die eigentlichen Ursachen dieses geheimnisvollen Vorfalls sind bis zur Stunde noch nicht bekannt.

### 36 Todesopfer des Erdbebens in Burma

#### Weit über hundert Verletzte

Rangoon, 5. Dezember. In Rangoon laufen nun sehr langsam Einzelheiten über das von uns bereits früher berichtete Erdbeben in Burma etc. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 36 Tote und weit über 100 Verletzte Opfer der Katastrophe geworden.

### Fruchtprogramm

Rangoon, 5. Dezember:

7 Uhr: Gedenkstunde für die Opfer des Erdbebens. — 12.50 Uhr: Scherwörter. — 14 Uhr: Bericht des Gouverneurs auf dem Flughafen Rangoon. — 14.15 bis 14.55 Uhr: Rede von den neuen Gouverneuren (Schweizer, französisch). — 15.15 Uhr: Jugendklub. — 17.15 Uhr: Gedenkstunde für die Opfer des Erdbebens. — 17.45 Uhr: Gedenkstunde für die Opfer des Erdbebens. — 18.05 Uhr: Rede von den neuen Gouverneuren. — 18.25 Uhr: Die Geschichte der Erde. — 18.50 Uhr: Gedenkstunde für die Opfer des Erdbebens. — 19.20 Uhr: Gedenkstunde für die Opfer des Erdbebens. — 19.50 Uhr: Gedenkstunde für die Opfer des Erdbebens. — 20.30 Uhr: Gedenkstunde für die Opfer des Erdbebens. — Danach bis 0.30 Uhr: Konzert.

Deutschland: 20 Uhr: Aus dem Hinterhalt erschossen.

# Bettfedern

Zweiggeschäft: Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 82

48 Sorten Bettfedern und Daunennissen  
 Jede Feder ist sorgfältig geputzt und gereinigt. Die besten Sorten sind zu haben. Preislisten sind gratis erhältlich. Adressen sind in jeder Zeitung zu finden.

# Schaeffer

Berlin C, im Stadtbahnhof Börsen

## Sie so plump?

Die Massenflucht aus dem DMB ist nicht aufzuhalten

Vor einigen Tagen konnte die "Rote Fahne" dem Herrn Ulrich, dem Berliner Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, seinen Schwindel über die Mitgliederzahlen in der Berliner DMB-Organisation nachweisen. Ulrich hat nämlich in Halle vor den Gewerkschaftsfunktionären andere Zahlen angegeben als auf der Generalsammlung in Berlin. Jetzt erfahren wir, daß in Stuttgart Ulrich in einer Versammlung der DMB-Funktionäre abermals neue Zahlen nannte. Wir stellen nunmehr fest:

Am 13. November hat Ulrich in der Funktionärsversammlung der Stuttgarter Ortsverwaltung des DMB, laut der sozialdemokratischen "Schwäbischen Tagwacht" erklärt: "Die Ortsverwaltung der Metallarbeiter in Berlin hat nach dem Streik und dem Schiedsspruch bereits 3000 Neuaufnahmen zu verzeichnen".

Am 22. November sprach derselbe Ulrich in Halle und erklärte nach dem Bericht der sozialdemokratischen halleischen Zeitung, daß im DMB Berlin nach dem Streik 20 Austritte und 4000 Neuaufnahmen vorhanden sind.

Am 24. November erklärte Ulrich in der Berliner Generalversammlung: In Berlin sind nach dem Streik 60 Metallarbeiter ausgestreut und 1800 Arbeiter dem DMB beigetreten.

Wo hat also Ulrich geschwindelt, in Berlin, Stuttgart oder Halle? Die Antwort ist sehr einfach: Ulrich hat überall geschwindelt!

Am 1. Januar 1930 waren im DMB Berlin rund 82.000 Mitglieder. Jetzt wird in den Vertrauensmännerversammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes nur noch von 60.000 Mitgliedern gesprochen. Aber auch diese Zahl trifft keineswegs zu: Die Massenflucht aus dem DMB ist nicht aufzuhalten!

Die Berliner Metallarbeiter haben sich eine rote Gewerkschaftsorganisation. Das ist die Antwort auf den ungeheuerlichen Verrat, den Ulrich und seine Freunde an der Berliner Metallarbeiterchaft begangen haben. Der rote Metallarbeiterverband wächst im Sturmschritt zu einer mächtigen Massenorganisation, während der DMB zehntausende Mitglieder in Berlin verliert. Ulrich wird den DMB-Bankrott mit keinem Schwindel verhüllen können.

## Bezirksdelegierten-Konferenz der Holzarbeiter

Betrieb und Stempelstelle müssen Delegierte senden!

Die Lohnabnahmoffensive ist in vollem Gange. In ganz Deutschland schwenkt die Bourgeoisie die Hungerpeitsche. Die Unternehmer der Holzindustrie sind drauf und dran, sich ebenfalls auf Kosten ihrer Arbeiter zu bereichern. Zum 15. Februar 1931 ist den Holzarbeitern im Reich der Tarif mit dem Ziel der Lohnsenkung genehmigt worden. Die Berliner Holzarbeiter arbeiten bereits längere Zeit tariflos.

Die reformistische Verbandsbürokratie sieht diesem Angriff hilflos gegenüber. Ebenso wie die DMB-Bürokratie die kämpfenden Metallarbeiter belogen, verrat und verkauft haben, genau dasselbe werden die Holzarbeiter erleben, wenn sie nicht verstehen, die Absichten der Bürokratie und der Unternehmer im Keime zu zerlösen.

Daß die Verleumdung auch der Holzarbeiter nur durch den härtesten Kampf abgewehrt werden kann, ist heute jedem einzelnen klar. Die KNO, die als einziger Faktor den notwendigen Kampf ernsthaft vorbereitet, organisiert und zum Siege zu führen im Stande ist, gewinnt immer breiteren Boden in der Kollegenchaft.

Um den brutalen Lohnraub mit aller Schärfe abzuwehren, beruft die KNO, Industriegruppe Holz, eine Bezirksdelegierten-Konferenz für Berlin-Brandenburg-Denkig ein zu Samstag, dem 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Berlin, Lotal Schulz, Elisabethstraße 22.

Die Tagesordnung lautet: Ausban der KNO in der Holzindustrie; Organisierung des Kampfes gegen Lohnabbau, Vorbereitung der Gewerkschafts- und Betriebsratemahlen.

Mobilisiert alle Betriebe und Stempelstellen für die Forderungen der KNO: 8-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich; Kampf gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Es hat in allen Betrieben und auf den Stempelstellen Delegierte zur Konferenz.

## SPD-Kampfbüroleiter gegen DMB

Wo alles reaktionäre und arbeiterschaftliche Gewand einen verzweifelten Kampf gegen die KNO und den roten Metallarbeiterverband führt, dürfen auch die SPD-Kampfbüroleiter nicht fehlen. Auf dem Kampfbüro des SPD-Kampfbüros macht einer unserer Kollegen einige Aufnahmen bhm. Weberstr. 15 für den Einheitsverband. Als der Postier dieses bemerkte, meldete er den ihm bekannten Kollegen sofort dem sozialdemokratischen Postleiter Waidlich. Der Postleiter verbot ihm jegliche Mitteilung für den roten Verband und drohte ihm mit dem Hausverbot.

Selbst dieses kleine Beispiel zeigt schon, wie sehr der Einheitsverband von diesen arbeiterschaftlichen Elementen geachtet wird. Unsere Kollegen werden sich aber nicht kleinreden lassen trotz aller Schikanen, sondern werden weiter und aktiver ihre Kräfte zur Werbung neuer Mitglieder für den DMB einsetzen.

## Breslauer Angefelltenentartete gekündigt

Breslau, 5. Dezember. Die Vereinigung der Breslauer Arbeitgeberverbände hat die Tarifgehälter der kaufmännischen Angefellten für den Stadt- und Landkreis Breslau zum 31. Dezember 1930 gekündigt und eine Herabsetzung des Gehältes um 10 Prozent gefordert. Von der Tarifkündigung werden etwa 25.000 Angefellte betroffen. Verhandlungen sind für den 10. Dezember anberaumt worden.

## Zum bei den Einzelhandelsangestellten

ZDA-Bürokratie verhandelt über die Höhe des Gehaltsabbaus — Organisiert den Kampf unter KNO-Führung!

Nachdem bei den Angestellten des Einzelhandels die Empörung bis zur Siebhöhe gestiegen ist, hat der Zentralverband der Angestellten gestern in den Briefleuten Flugblätter verbreiten lassen, in denen den Arbeitern und Angestellten vorgetragen werden soll, daß durch radikale Forderungen und "Proteste" der Anschlag auf die Lebenshaltung der Einzelhandelsangestellten verhindert werden kann.

Am Donnerstag haben die ZDA-Funktionäre von der Fachgruppe Einzelhandel zu der Tarifkündigung Stellung genommen. Dort ließ sich die Bürokratie die Vollmacht ausstellen, wegen unvorzüglicher Verhandlungen bei den Unternehmern vorstellig zu werden.

In Wirklichkeit hat die Bürokratie der Angestelltenverbände, bevor die Funktionäre dazu Stellung genommen haben, bereits mit den Unternehmern Fühlung genommen.

Das "Berliner Tageblatt" konnte bereits berichten, daß eine Kommission aus Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer gebildet werden soll, in der man sich darüber schlüssig werden will, für welche Gruppen der Einzel-

handelsangestellten und von welchem Zeitpunkt an der Gehaltsraub durchgeführt werden soll. Die Unternehmer haben erklärt, daß die Höhe des Gehaltsabbaues davon abhängen wird, wie das Weihnachtsgeschäft ausfällt.

Nachdem die ZDA-Bürokratie unter dem Druck der empörten Einzelhandelsangestellten den Funktionären die Durchführung von Protestaktionen zugutehen mußte, zeigt sich bereits jetzt, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht daran denken, den Kampf gegen den Gehaltsabbau zu führen.

Wollen die Angestellten den Angriff der Unternehmer gegen ihre Lebenshaltung abwehren, dann müssen sie selbst den Kampf organisieren. Die 40.000 Angestellten des Einzelhandels, gemeinsam mit den 20.000 Handelshilfsarbeitern, sind eine gewaltige Macht, die jede Forderung durchsetzen kann. In allen Geschäften und Betrieben des Einzelhandels müssen die Angestellten mit den Arbeitern gemeinsam zu Betriebsversammlungen zusammenzutreten, in denen eine vorbereitende Kampfkommision gewählt und der Kampf gegen den Gehaltsabbau unter Führung der KNO organisiert werden muß.

## DMB-Metallarbeiter für den roten Verband

Ueberwältigende Mehrheit der Metallarbeiter und Galvaniseure steht zur KNO. — Mittwoch öffentliche Branchenversammlung

Die Branchenversammlung der DMB-Metallarbeiter und Galvaniseure, die am Dienstag in den Arminkallen, Kommandantenstraße, stattfand, wurde zu einem vollen Erfolg für den roten Metallarbeiterverband.

Bei einem Besuch von 240 Kollegen wurde die Versammlung von dem Branchenleiter Redanz eröffnet, der sofort den oppositionellen Kollegen Neumann aufforderte, den Saal zu verlassen, da gegen ihn ein Untersuchungsverfahren eingeleitet ist. Als sich Neumann weigerte, sich seiner Rechte als Mitglied zu enthalten, wurde von dem Branchenleiter die Versammlung geschlossen. Der Aufforderung, den Saal zu verlassen, folgten jedoch nur 80-90 Kollegen, während über 150 im Saal verblieben.

Von der KNO konnte die Versammlung nur deswegen nicht weitergeführt werden, weil der Wirt ersuchte, den Saal zu verlassen, nachdem ihm die DMB-Bürokratie damit gedroht hatte, sein Lokal nicht mehr zu benutzen, wenn er die Abhaltung der KNO-Versammlung dulden würde.

Die Versammlung beschloß darauf einstimmig, eine eigene Bezirksversammlung einzuberufen, die am Mittwoch, dem 10. Dezember im Lotal Schulz, Elisabethstraße 22, stattfinden wird.

Jetzt wird es Aufgabe der Metallarbeiter und Galvaniseure sein, den Massenbelust aller Kollegen für diese Versammlung

zu organisieren und ihren geschlossenen Uebereinstimm zum Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins zu vollziehen.

## Werkzeugmacher gegen DMB-Bürokratie

Auf der DMB-Branchenversammlung der Werkzeugmacher sprach Brandts über den Metallarbeiterstreik und lobte die Niederlage (die von der DMB-Bürokratie organisiert wurde) dem schlechten Organisationsverhältnis zu. Den größten Teil seiner Ausführungen benutzte Brandts, um gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu hetzen.

Nachdem in der Diskussion drei Redner Worte Kritik an der DMB-Bürokratie wegen ihrer Maßnahmen in bezug auf den Metallarbeiterstreik geäußert hatten, kam ein bestellter Schlußantrag, der von den Versammelten abgelehnt wurde. Als der Branchenleiter Brandts den Antrag trotzdem für angenommen erklärte, brach unter den Kollegen ein heftiger Protest aus, daß sich die Versammlungsteilnehmer nicht anders zu helfen wußte, als die Branchenversammlung kurzzeitig zu schließen.

Der Ausgang der Versammlung hat mit Deutlichkeit gezeigt, daß die KNO unter den Werkzeugmachern in bezug auf den Metallarbeiterstreik ein vollen Uebereinstimm mit den Metallarbeitern hat. Die KNO-Anhänger muß es jetzt sein, den überwiegenden Teil der Branche für den geschlossenen Eintritt in den roten Metallarbeiterverband zu gewinnen.

## Graphische Arbeiter vor dem Kampf

Auch die Unternehmer im Buchdruckgewerbe wollen einen Abbau der Löhne durchsetzen. Im Hinblick auf den zum 31. Dezember geltenden Lohnvertrag schreibt die "Zeitung", das maßgebende Organ der graphischen Unternehmer, Artikel, in dem die Durchführung einer Lohnsenkung der graphischen Arbeiter bis auf die Höhe des Lohnes vom Jahre 1927 propagiert wird.

Daneben ist schon ein Lohnabbau auf dem Wege durchgeführt worden, daß die Unternehmer mit allen Mitteln die über-tariflichen Löhne ausgehöhelt haben. Die sozialdemokratische Bürokratie des Buchdruckerverbandes unterläßt alles, um die graphischen Arbeiter gegen die drohende Gefahr zu mobilisieren.

Nach einmal ist der Beweis geliefert, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der graphischen Industrie durchaus im Interesse aller graphischen Arbeiter handelt, wenn sie auffordert, gegen Schlichter und Arbeitsgericht sich nur auf die eigene Kampftruppe zu verlassen. Die graphischen Arbeiter, besonders diejenigen der großen Zeitungsbetriebe, hatten eine große Macht in ihren Händen.

Wenn die graphischen Arbeiter zusammenhalten, sind sie besser als alle anderen Arbeiter im Lande, die Lohnraub durch wichtige Wirtschaftskrisen zu nutilation zu zwingen. Für alle graphischen Arbeiter weist den Weg die Resolution, die die Berliner oppositionellen graphischen Funktionäre angenommen haben und die in ihrem entscheidenden Teil lautet:

Die Funktionärskonferenz der KNO der graphischen Industrie fordert die Kollegenchaft auf, im betrieblichen Maßnahme bei jedem Versuch von Lohnabbau, auch bei über-tariflichen Löhnen, in den Streik zu treten. Um diese Schritte vorzubereiten, müssen in den Betrieben vorbereitende Kampfkommisionen gebildet und ein revolutionärer Vertrauensmännerrat gebildet werden. Bei Lohnabbau durch freie Vereinbarung durch die SPD-Bürokratie oder durch Schiedsspruch muß der Kampf gegen Lohnabbau, im höchsten Maße, für den Streikunfähigem und die Streikunfähigen bei vollem Lohnausgleich aufgenommen werden.

## Der "Graphische Block" Nummer 13

ist soden erschienen. Abholen am Montag und Dienstag, 15 bis 19 Uhr, Friedrichstraße-Druckerei, Klauen-Hagenstraße 23, I.

## Keine Tare führt in Dresden

Dresden, 5. Dezember. Gestern magte kein Taxifahrer durch die Straßen von Dresden zu fahren. Obwohl jetzt der Streik fast geschlossen durchgeführt wird, hat die reformistische Bürokratie einer ganzen Anzahl von Unternehmern bereits Fahr-tarifen erteilt, weil sie die Forderungen der Streikenden bewilligt haben.

Nachdem unter der Mobilisierungsarbeit der KNO der Streik seine jegliche Ausdehnung erreicht hat, speten die Reformistischen Elft und Gaule gegen die Opposition und versuchen durch die muffelsten Verleumdungen den Anschlag der KNO zu schwächen, ohne jedoch damit Erfolg zu haben.

## Der Gehaltsraub an den Bankangestellten

In dem Gehaltsentwurf der Bankangestellten ist vom Reichs-arbeitsminister der Sonderminister Professor Roth eingeseigt worden. Am 10. Dezember finden Verhandlungen statt.

## Vorhof der Paulosen

Die Unternehmer des Groß-Berliner Baugewerbes haben das tarifliche Gehaltsabkommen für technische und kaufmännische Angestellte aus dem Baugewerbe zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Sie wollen die Gehälter abbauen.

Der rote Holzarbeiter Nr. 3 ist erschienen. Preis 10 Pfennig. Für die Redakteure und Funktionäre erfolgt die Ausgabe am Montag, dem 8. Dezember 1930, von 17 bis 19 Uhr, bei Kuhn, Markfänger Straße 50.

## Lohnarif des Dresdener Großhandels gekündigt

Dresden, 5. Dezember. Die Unternehmer des Dresdener Großhandels haben den Lohnarif für den Großhandel, Metall- und Eisenhandel zum 2. Januar 1931 gekündigt und fordern einen Lohnabbau von 11 Prozent.

## Betriebssektionen des DMB

Für alle Aufnahmen, die bis zum 25. November auf dem Verbandsbüro abgegeben worden sind, können die Mitglieds-karten abgeholt werden. Der Verband.

## Gewerkschaftliche Mitteilungen

**KNO-Berliner und Gewerkschaften:** Sonntag, den 6. Dezember, 16 Uhr, im Lotal Schulz, Elisabethstraße 22, Reichensmühl, Kottbuscher Straße 30. **Städtischer Rat:** Donnerstag, den 12. Dezember, 20 Uhr, im Saal des Reichensmühl, Kottbuscher Straße 30. **Einheitsverband:** Sonntag, den 14. Dezember, 19 Uhr, im Saal des Reichensmühl, Kottbuscher Straße 30. **Dresdener KNO:** Sonntag, den 14. Dezember, 19 Uhr, im Saal des Reichensmühl, Kottbuscher Straße 30. **Einheitsverband:** Sonntag, den 14. Dezember, 19 Uhr, im Saal des Reichensmühl, Kottbuscher Straße 30. **Dresdener KNO:** Sonntag, den 14. Dezember, 19 Uhr, im Saal des Reichensmühl, Kottbuscher Straße 30. **Einheitsverband:** Sonntag, den 14. Dezember, 19 Uhr, im Saal des Reichensmühl, Kottbuscher Straße 30.

# Die Front Brüning, Hitler, Severing gegen das arbeitende Volk

## Bürgerkriegsrüstungen — Konzentration und Einsatz der Nazi-Sturmabteilungen gegen Arbeiter nach ausgeartetem Plan mit Brüning und Severing

Das Feldlager der Sturmabteilungen der Nazis auf dem Rittergut des Herren von Zischlowitz bei Breslau weist ein Schlaglicht auf die Bürgerkriegsrüstungen der Bourgeoisie. Nicht nur auf dem Rittergut in Zischlowitz, sondern auf fast allen Gütern in Schlesien sind Sturmabteilungen der Nazis konzentriert, die Feldübungen durchführen usw. Alles das geschieht mit Wissen und Duldung der Behörden.

Sämtliche 350 in Zischlowitz festgenommenen sind mit Ausnahme von vier noch in der Nacht ihrer Verhaftung wieder freigelassen worden. Die vier zunächst festgehaltenen, Herr von Zeltzen, ein Gutsbeamter und zwei Sturmführer der verbotenen Breslauer Nazi-Gruppe, wurden am Donnerstag auf freien Fuß gesetzt. In der Begründung der Entlassung wurde bei drei von ihnen ausdrücklich bemerkt, daß kein Verdacht der Tatverdächtigkeit besteht. Sie sind also schon heute so gut wie freigelassen.

Die Aushebung des Zischlowitzer Feldlagers ist offenbar ein Eingriff der lokalen Breslauer Polizei, der ohne Wissen der übergeordneten Behörde erfolgte. Anscheinend auf Grund einer Anzeige wegen des Mordüberfalls auf einen Sozialdemokraten.

Auffällig ist die Haltung der Preußenregierung, die sich zu der ganzen Affäre bisher nicht geäußert hat. Die Gründe dafür findet man im „Angriff“, dem Leitblatt des Nazi-Führers Goebbels. Die Ausführungen des „Angriffs“ sind sensationell und alarmierend zugleich, sie enthüllen nicht nur einen Teil der Bürgerkriegspläne der Bourgeoisie, sondern auch die Tatsache, daß diese Pläne von der Reichsregierung und im Einverständnis mit der Preußenregierung organisiert und durchgeführt werden.

Der „Angriff“ schreibt u. a. zu der Aushebung des Feldlagers folgendes:

„In der Provinz Schlesien ist sich die Bevölkerung bis weit in die Kreise ruhig darüber, daß man sich zusammenziehen müsse, um gegebenenfalls polnischen Angriffen entgegenzutreten zu können.“

Von der örtlichen Landesbehörden und auch von den vernünftig sehr politisch eingestellten Reichsstellen wird diese Notwendigkeit gleichfalls eingesehen und demgemäß mit einer gewissen Sympathie beobachtet.“

Der „Angriff“ wendet sich dann wegen der Aushebung des Feldlagers gegen Severing und wirft ihm vor, daß er es einer „reinen parteilagatorischen Einstellung heraus, die Aushebung des Feldlagers vorgenommen habe.“ Der „Angriff“ knüpft daran die Frage:

„Wollen sich das diejenigen Reichsstellen, die es angeht, widerspruchslos gefallen lassen?“

„Mehr zu sagen“, so führt der „Angriff“ weiter aus, „verdiene uns im Augenblick das allgemeine Interesse. Sollte man die Sache aber weiter aufheben und etwa mit Parteiverboten gegen die NSDAP. winteln, so könnten wir sehr deutlich werden. Herr Severing weiß ja wohl, was wir meinen!“

Das ist, ohne daß der „Angriff“ seine Drohungen über Entlassungen schon jetzt wahr macht, sehr deutlich. Der „Angriff“ legt also nicht mehr und nicht weniger: daß bestimmte Reichsstellen die Konzentration faschistischer Kräfte in Schlesien „mit einer gewissen Sympathie beobachten“, daß die konzentrierten faschistischen Kräfte bestimmten Reichsstellen, d. h. der Regierung anzeigend sind und daß der Eingriff der Polizei die Aushebung des Feldlagers sich unmittelbar gegen die Maßnahmen der bestimmten „Reichsstellen“ richtet; daß die preussische Regierung und vor allem der Polizeiminister Severing von der Zusammenfassung der faschistischen Kräfte in Schlesien nicht nur unterrichtet ist, sondern daß diese Zusammenfassung im vollen Einverständnis mit der Preußenregierung erfolgt (Diese Tatsache wird auch durch das auffällige Schweigen der Preußenregierung zu der ganzen Angelegenheit bekräftigt); daß eine feste Vereinbarung mit der NSDAP, mit Hitler, Goebbels, Bießer usw. und der Reichs- und Preußenregierung über die Konzentration der faschistischen Kräfte in Schlesien besteht.

Aber es handelt sich bei diesen Vereinbarungen offenbar nicht nur um die Aufstellung einer Bürgerkriegsarmee in Schlesien, die unter dem Deckmantel der „Grenzverteidigung gegen polnische Übergriffe“ vorgenommen wird, sondern um einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten strategischen und taktischen Plan der Bourgeoisie, wobei die Aufgaben, die die Nazi-Gruppen zu erfüllen haben, bereits bis ins Kleinste festgelegt sind.

Das zeigt eine Anweisung an die Berliner Sturmabteilungen. In dieser Anweisung heißt es u. a.:

„Die Sturmabteilungen haben Anweisungen, für jeden SA-Mann die SA-Versicherungsmarke bis zum letzten Monat zu kleben und die einzelnen SA-Männer daraufhin zu kontrollieren. Es wird damit gerechnet, daß die NSDAP. anlässlich der Reichstagsstimmung und anlässlich der Weihnachtsfeierlichkeiten größere Demonstrationen planen, wobei es zu Unruhen und zu Zusammenstößen kommen kann. Aus diesem Grunde soll die Bekämpfung in Ordnung sein.“

Es ist den Sturmabteilungen und auch den Parteigruppen verboten, irgendwelche politischen Demonstrationen zu machen, nur die Sturmabteilungen sollen von Zeit zu Zeit Kampfaufmärsche gegen die Kommunisten unternehmen.“

Aus diesen Anweisungen geht also klar hervor:

Die Sturmabteilungen sollen bei Demonstrationen der Arbeiter gegen die Arbeiter eingeleitet werden. Da man mit dem

Widerstand der Arbeiter rechnet, müssen die SA-Leute vorher ihre Leben versichern.

Demonstrationen der Nazis, die sich gegen die Regierung richten, werden nicht mehr durchgeführt.

Die Sturmabteilungen führen dagegen „Kampfaufmärsche“, d. h. Strafexpeditionen gegen die Arbeiter in den proletarischen Wohnquartieren durch.

Es ist unvertretbar, daß diese Anweisungen

Teile der Vereinbarung der Nazi-Führer mit der Preußenregierung und der faschistischen Reichsregierung sind.

In diesem Zusammenhang gewinnen die Ausführungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzejinski auf dem Herbstfest der Reichsbannerabteilung Kreuzberg besondere Bedeutung. Grzejinski erklärte dort: „Ich sehe in den Nationalsozialisten nicht die Gefahr, für die man sie mancherorts hält, die größte Gefahr sind die Kommunisten, mit denen das Reichsbanner so schnell als möglich Schluss machen muß.“

Und eine besondere Bedeutung erhält auch der kleine Betriebsunfall im Polizeipräsidentenamt, der dadurch entstand, daß man nach dem Überfall der Nazis auf den Arbeiterwärtersverein „Halle“ eine Warnung an die NSDAP. sandte. Grzejinski hat sofort dementiert, ihm sei von der Abtät eines Verbois der NSDAP. nichts bekannt. Charakteristischerweise mußte der „Angriff“ zu melden, daß dieses Dementi auf Veranlassung Severings erfolgt sei.

Diese Tatsachen enthüllen mit aller Deutlichkeit, daß die Bourgeoisie mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der Nazis planmäßig zum Bürgerkrieg gegen das hungernde und frierende Proletariat rüft. Sie zeigen die ernsthaften Vorbereitungen der Bourgeoisie zum Ausbau und zur Festigung ihrer faschistischen Diktatur. Die Rollen sind bereits verteilt. Sozial-

demokraten und Nationalsozialisten sind sich über den Kriegszug gegen das Proletariat bereits einig. Die Nazis stellen ihren Scheintampf gegen die faschistische Brüning-Regierung ein. Soweit der Kampf zwischen NSDAP-Führern und den Führern der Nazis geführt wird, ist es ein Kampf um die Parteiführerschaft. Jeder von ihnen will beweisen, daß er der fähigere Mann zur Niederwerfung der Arbeiter ist.

Vertilgung in Stadt und Land! Der Faschismus ist auf dem Marsch! Die blutige Niederschlagung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, der 4 Millionen Erwerbslosen der Lärren, die Verfolgung und das Verbot der revolutionären Arbeiterorganisationen wird vorbereitet, um das faschistische Reaktionsprogramm der Bourgeoisie durchzuführen, um die 30 Millionen Deutschen aus dem räuberischen Young-Plan und die Arbeiter für das internationale Finanzkapital aus dem arbeitenden Volk herauszuschinden.

Gegen die faschistische Diktatur und ihre Parteimitglieder die gesamte Arbeiterklasse rufen. Jeder sozialdemokratische Arbeiter muß angesichts dieser Tatsachen erkennen, daß er nicht länger einer Partei angehören kann, deren Führer ein Kollaborateur mit den Faschisten geworden sind und die Arbeiterklasse in ihre Bürgerkriegstruppen unterwerfen und fürdern. Jeder sozialdemokratische Arbeiter muß sich entscheiden und die Entscheidung muß sein: Kampf gegen den Faschismus!

Das gesamte arbeitende Volk muß gegen den Faschismus mobil gemacht werden. Überall müssen Aktionskomitees zum Kampf gegen den Faschismus gebildet werden! Aktionskomitees in denen alle Schichten des arbeitenden Volkes, alle Arbeiter, sozialdemokratische, christliche, kommunistische und parteilose Arbeiter vertreten sein müssen, um die Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus herzustellen. Aktionskomitees, deren Aufgabe die Vertilgung und Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus sein muß.

## Kommt Poincaré? Poincaré — das ist der Krieg!

Paris, 5. Dezember. Der Sturz des Kabinetts Tardieu, der gestern im Senat erfolgte, ist ein Ausdruck der zunehmenden Unruhe und Unsicherheit Frankreichs, das sich den ersten Anzeichen einer Krise gegenüberstellt. Daß sich diese Abstimmung nicht gegen die imperialistische Außenpolitik Frankreichs richtet, erhellt eine Abstimmung, die zur gleichen Zeit in der Kammer vorgenommen wurde. Dort wurden die ungeheuerlich hohen Kriegskredite für 1930/31 mit überreicher Mehrheit angenommen.

Der Sturz Tardiens kommt den eigentlichen Centern der Politik des imperialistischen, kriegslüsterigen Frankreichs um einige Tage zu früh. Poincaré verläßt gestern morgen noch durch die Abgabe einer Erklärung für Tardieu den Sturz der derzeitigen Regierung aufzuhalten. Er hätte zu einigen ihm nahestehenden Politikern:

„Man nennt mich als denjenigen, der gegebenenfalls ein neues Ministerium bilden würde. Ich werde durch Vorlegung

ärztlicher Zeugnisse beweisen, daß es mir unmöglich ist, zur Zeit die Regierung zu übernehmen. Ich bin der Überzeugung, daß es ein schweres Missgeschick für das Volk wäre, wenn die Regierung gestürzt würde.“

Der Kurs in Frankreich geht auf eine Regierung Poincaré, vorausichtlich unter Einwirkung von Tardieu und Herriot, der aggressivsten der französischen Politiker. Und Poincaré — das bedeutet heute — ebenso wie 1918, wo sein bürgerlicher Widersacher Clemenceau dieses Wort prägte — den Krieg, bedeutet das Schließen der Brandtür gegen die Sowjetunion, den größten Gegner des französischen und aller imperialistischen der Welt.

Das einzige Problem, um das es sich bei den heftigen Verhandlungen um die Regierungsbildung dreht, ist die Frage: Soll einmal eine Übergangsregierung oder bereits Ausspielung des letzten Trumpfes?

Auf jeden Fall hindert die Regierungskrise in Frankreich eine Verschärfung der imperialistischen Gegenläufe an. Mit der Kriegsführung gegen die Sowjetunion in greifbare Nähe. Der französische Imperialismus, verpeitelt von den Folgen der herannahenden Krise, deren verheerende Auswirkungen er in allen Nachbarländern vor Augen sieht, hängt geküßelt auf dem ungeheuren Goldreserven, zur unmittelbaren „Lösung“ aller Probleme durch den Krieg.

## Nazis und Mussolini baumeln am Galgen Die Empörung der Südtiroler über das faschistische Schreckensregime

Von der italienischen Grenze. In Bozen stellte sich der neue faschistische Reichsdelegierte für Südtirol, Ing. Rizzi, in einer Versammlung vor. Er erklärte, daß er keinerlei Auftrag habe, die Arbeitsmethoden seiner Vorgänger, die in blutigem Terror gegen die deutsche Bevölkerung bestanden, zu ändern.

Die tatsächlichen Resultate dieses Wirkens seien durch die tiefgreifende Minderung der Psychognomie (!) dieses Gebietes dokumentarisch belegt. Auch sein Wort heißt: Handeln! Es sei notwendig, alle faschistischen Kräfte in Südtirol zusammenzufassen, um das, was bereits erreicht worden ist, zu konsolidieren und die faschistische Aktion in die Tiefe wirken zu lassen. „Unser Marsch muß sicher sein, und wenn zur Erreichung dieser Sicherheit ein langsames Tempo notwendig sein sollte, werden wir den Rhythmus eben verlangsamen. Mein größtes Augenmerk werde ich dem Aufbau der faschistischen Jugendgruppen (den militärischen Zwangsorganisationen) widmen, denn nur über die Jugend können wir das Gesicht Südtirols wandeln.“ rief der Faschistenherrscher unter dem Jubel seiner Schwarzgebenden.

Die Südtiroler Bevölkerung erachtet mit Schrecken die

Taten dieses unternehmungslustigen neuen Faschistenherrschaftlings. Die Südtiroler Bauernbünde geben in drastischer Weise ihre Empörung über den Terror der deutschen Nationalsozialisten an Südtirol Ausdruck. Am frühen Morgen findet man an Mauern außer antifaschistischen Parolen auch Galgen ausgehängt, wo neben Mussolini auch die deutsche Sozialregierung aufgehängt sind.

## Proletarische Festung's teingene rufen Steigert die Winterhilfsaktion der NS.

Die proletarischen politischen Gefangenen der Festung Solikow rufen anlässlich der Winterhilfsaktion einen Appell an alle Werktätigen, in dem es u. a. heißt:

„Hier in den Zellen der „republikanischen“ Klassenjustiz spüren wir das durch den Winter hundertsach veränderte Glend besonders deutlich.“

Die Solidarität der Werktätigen wird unsere Frauen und Kinder nicht verhungern und erstarren lassen, wie das der brutale Wille unserer Klassenfeinde ist. Und diese Hoffnung wird uns zur beruhigenden Gewissheit, nachdem wir den Aufruf der roten Hilfe zur Organisierung und Durchführung einer großartigen Winterhilfsaktion für unsere Familien gelesen haben.

Aber alle roten Helfer müssen sich bei der Durchführung der Winterhilfsaktion darüber klar sein, daß der Erfolg nicht zuletzt von der Erkenntnis abhängt, daß

für die Aktion der Winterhilfe alle Werktätigen in Stadt und Land eingeschaltet werden müssen.

Darum appellieren wir auch aus den Zellen der Festung Solikow an alle Werktätigen: Unterstützt die Winterhilfsaktion der roten Hilfe, lüßt Solidarität, vergeht nicht die Opfer des proletarischen Klassenkampfes!

Die proletarischen Festungsgesangenen von Solikow.

## Ergebnisse praktischer Solidarität für die roten Konsumvereine

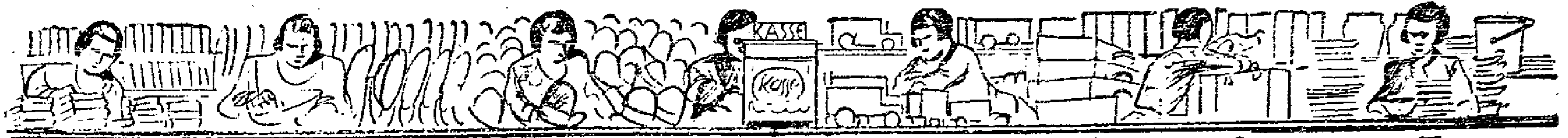
Seit einigen Wochen mobilisiert die revolutionäre Genossenschaftsopposition die Arbeiterklasse für eine praktische Solidarität mit den roten Konsumvereinen, um die Spaltungstendenzen der Genossenschaftsbürokratie abzuwehren und eine Zerstückelung der Konsumvereine zu verhindern. Obwohl die Solidaritätspagne erst kurze Zeit organisiert wird, ist bisher bei der

Mitteldeutschen Gewerkschafts-Festung „Migra“ ein Betrag von 30.447,75 Mark an Spargeldern von den proletarischen Organisationen und Arbeitern eingegangen.

Unter diesen Geldern sind Gelder der proletarischen Organisationen der Freidenker, NSD-Gruppen, der Sportler usw. Die größten Beträge sind bisher von Berlin, Chemnitz, Leipzig, Hamburg, Dresden, Königsberg, Weihenfeld und Raumburg eingegangen. Aber auch aus Pommern, Posen, Ostpreußen, Neuhäusen, Ansbach, Probstzenda und eine Reihe anderer Or-







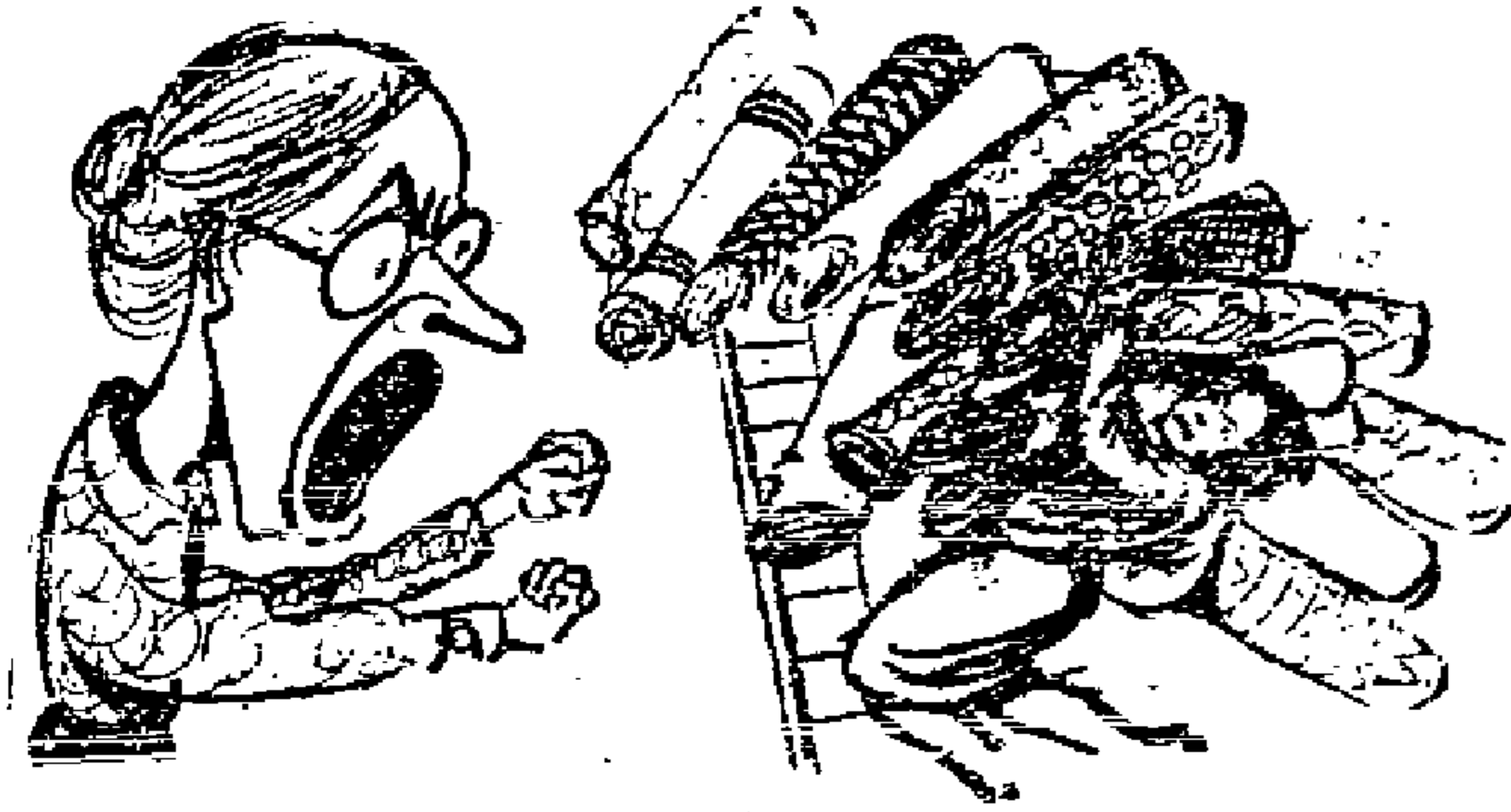
# Warenhäusklawinnen befreit Euch, wählt Liste 4

## Kampfprogramm

### der roten Betriebsratskandidaten bei Tieg (Angestelltenkorrespondenz.)

Der Lohnraub und die Verschlechterung der Lebensverhältnisse im allgemeinen klärt in der ganzen Industrie, Gewerbe und Handel vor.

Wir fragen, kann es bei Tieg noch schlechter sein? Die Zustände wurden schon in unserer „Roten Fahne“ und in unserer Gewerkschaftspresse sehr häufig behandelt, und ohne



Schwerarbeit und Antreiberei

darauf besonders einzugehen, müssen wir klaffenbewußten Angehörten erklären: So geht es nicht weiter! Wir sind verraten, belogen und betrogen von sämtlichen Angestelltenverbänden. Wer die Praxis unserer ZöM-Betriebsräte kennt, kann ruhig sagen, daß ein ewiger Wettstreit besteht zwischen diesen „Klassenkämpfern“ und den gelben Vorstandsvertretern, wer von ihnen besser die Interessen der Unternehmer vertreten kann.

Die katastrophalen Zustände bei Tieg sind nur auf diese verräterische Handlungsweise zurückzuführen. Sie halten die Belegschaft vom Kampf zurück und erklären, daß man nur durch „geschicktes Verhandeln“ etwas erreichen könne.

Die Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition in dem Tieg-Konzern haben bisher schon bewiesen, daß nur sie die Interessen der Belegschaft vertreten. Sie rufen zum Kampf auf, weil von den Kapitalisten nur durch Kampf eine Verbesserung unserer Lebensverhältnisse erreicht werden kann.

Was ist das Kampfprogramm der revolutionären Gewerkschaftsopposition?

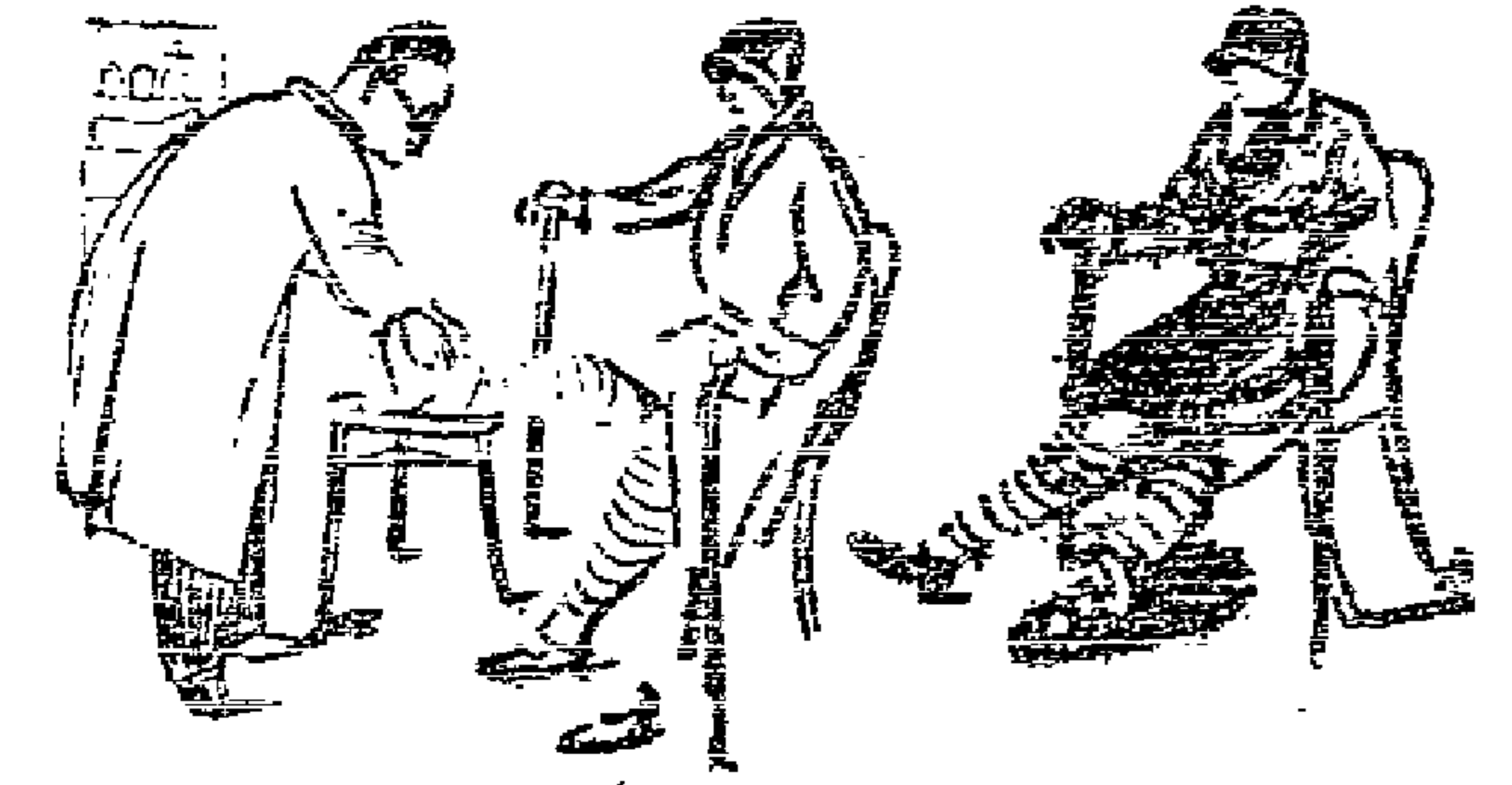


Krankheiten an der Tagesordnung

ausgleich, allgemeine Lohnerhöhung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer, Frauen und Jugendliche, 6-8-12 Stunden Schicht und freies Wochenende, vier Wochen bezahlten Urlaub für alle ohne Unterschied, Sechskundentag für Jugendliche, Verlegung der Schichtstunden in die Arbeitszeit, freie Instruktion der Lehrlinge, Wahl und Anerkennung von Jugendbetriebsräten, 25 Prozent Ermäßigung bei Personaleinkäufen, Verbesserung der Garderoben- und Kantinenverhältnisse, Verbesserung der hygienischen und sanitären Verhältnisse (Toiletten, Waschgelegenheit, Lüftung), Arbeitsruhe am 1. Mai, Zusammenarbeit von Erwerblosen und Beschäftigten, Neueinstellungen nur durch den üblichen Nachwuchs.

Gegen faschistische Nationalisierung, Entlassungen und Kurzarbeit, das Kartellverbot, Spitzel, Vertrauensmännchen- und Verweismännchen, gegen Überstunden, Leistungs- und Leistungslisten.

Gegen faschistische Diktator und für Sozialismus! Das ist das Programm der Liste 4 für die Angestellten, beginnend Kurt Tisch, Friedrichs, und Liste 2 für die



Das Lied ist aus: Krampfadem

Arbeiter, beginnend Herxner, Soudat. Wählt diese ersten Klassenkämpfer und Kampfgenossen und bewacht damit, daß ihr eure hoffnungslose Lage durch Kampf verbessern könnt. Wählt die RGO. und RFD!

## Zieh-Hölle in der Chausseestraße

### Wo sind die reformistischen Betriebsräte?

(Angestelltenkorrespondenz.)

Als der Neubau Chausseestraße eröffnet wurde, konnte die bürgerliche Presse nicht genügend Lob preisgeben über den wunderbaren Bau und die ganz moderne neue Betriebsanlage gegen Feuergefahr. Aber über die gesundheitlichen Verhältnisse für das Personal wurde kein Stillschreiben geschrieben. Dazu hatten auch die hohen Herren von der Presse keine Zeit, denn sie mußten ja dem großen Empfangsbander der Firma beimohnen.

Wir Angestellten und Arbeiter stellen aber fest: Im ganzen Hause kann man kein Fenster öffnen, weil es dann gleich von allen Seiten zieht und das Personal sich dadurch schon schwere gesundheitliche Schäden zugezogen hat.

Die Kantine ist so wunderschön, daß die Kollegen nicht mal genügend Sitzmöglichkeiten haben, besonders Freitags und Sonnabends.

Auch befinden sich einige Stühle in den Lagern für das Personal zum „Ausruhen“, aber sollte es einer mal wagen, davon Gebrauch zu machen, so kann er bestimmt bald mit seiner Entlassung rechnen.

Die Krankenstube befindet sich im fünften Stock und ist dort nicht mal eine ausgebildete Sanitätshilfe, sondern wird die erste Hilfe von einer jungen Kontoristin, welche gleichzeitig Büroarbeiten macht, geleistet. Wo bleibt da das Gesundheitsamt?

Was hat der Betriebsratsobmann Thal (ZöM) in unserem Hause geleistet? Kollegen, gar nichts, denn sonst hätte er schon längst auf die Beschwerden der Kollegen hin etwas unternommen.

So sehen die reformistischen Betriebsräte aus. Darum wählt rote Betriebsräte!

## Frecher Lohnraub im RdW.

### Wo ein nationaler Mann der Betriebsratsobmann ist

(Angestelltenkorrespondenz.)

Im Kaufhaus des Westens ist der Betriebsratsobmann der Angestellten Herr Wiese. Er ist Mitglied des Offiziersbundes und streng national. Wie die Angestelltenvertretung dadurch aussieht, habt ihr bestimmt schon an eigenen Leiden erfahren. So wurde einer Kollegin das Einspruchsrecht wegen unbilliger Härte verweigert ohne das Wiese eine Begründung dafür abgab. Er arbeitet somit nur im Interesse der Firma und kümmert sich gar nicht um die Beschwerden der Angestellten.

Der Lohnraub hat sich schon im vorigen Monat bemerkbar gemacht, indem man den Angestellten die Belegkarte abgab und viele Angestellte aus Lohngruppe II in Gruppe I umgruppierte. Außerdem wurden ältere Angestellte aus dem Pflaster geworfen und dafür jüngere Kräfte, welche bedeutend billiger sind, eingestellt.

Kollegen, so sieht das soziale Gesicht der Firma Tieg aus. Ihr müßt erkennen, daß nur die RGO. eure Interessen wahrnimmt, darum wählt rote Betriebsräte.

## Preiserhöhungen bei Tieg

### Geschäftstätigkeit am Alexanderplatz

(Angestelltenkorrespondenz.)

Am Dienstag war bei Tieg, Alexanderplatz, eine große Empörung unter der Belegschaft darüber, daß die Firma es fertigbrachte, auf familiäre Getränke (außer Milch) 10 Prozent anzuheben. Die Firma hält sich an die Notverordnung. Kollegen, die Kantine soll eine soziale Einrichtung der Firma sein, wie es Herr Feind immer betont. Wie sieht aber diese

aus? Die Kantine wird von der Einkäuferin Frä. Werner verwaltet, und diese hat nur die Pflicht, soviel wie möglich Lebensmittel heranzuholen. Zum Beispiel kostet die Tasse Kaffee am Alexanderplatz 6 Pf., in der Seidiger Straße aber nur 5 Pf. Woher kommt das? Weil die Kantine des Einkaufsraums herausreißen muß. Anstatt daß die Firma etwas zur Kantine beisteuert, werden im Gegenteil die Preise noch erhöht.

## Unterstellungen eines Direktors

### Der Dursche wird gerechtfertigt, aber wenn eine Verkäuferin eine Kabel mitnimmt, wird sie gerichtlich verfolgt

(Arbeiterkorrespondenz.)

Bei Tieg, Wilmersdorfer Straße, herrschte bis vor kurzem Herr Direktor Brienzel. Dieser Herr ging immer mit der Parade um, in seinem Hause wurde im keine anderen Elemente, kein Alkohol, kein Schmutz und keine Unflut. Ging selbst im Hause umher und sah Angehörte ohne Rücksicht auf Kosten, ja mußten die Hände auch freier als bei ihm im Büro werden und zogen sich dort einen Wermutts ja, am bei der nächsten Gelegenheit entlassen zu werden. Dieser laubere Herr Direktor hat die Firma Tieg um viele

Teufel den Kopf betrogen und außerdem sorgte er die Kontrolle um verschiedene Zwecke an.

Was tat die Firma in diesem Falle? Sie verfolgte mit allen Mitteln die Sache zu verwickeln, trotzdem Brienzel jeden Arbeiter oder Angestellten, der aus Rot war das geringste mitnehmen, gerichtlich verfolgte ließ. Diese Unterstellungen werden jetzt auf Kosten der Arbeiter und Angestellten bewahrt.

Das soll durch Schnabben gelehrt werden. Der erste Kampfbericht gegen Schnabben ist die Wahl roter Betriebsräte! Es lebt die Liste 4!

## Prügelstrafe bei Tieg

### Ein Kapitalknecht, der glücklich, wenn sein Chef ihn geprügelt

(Angestelltenkorrespondenz.)

In unserem Hause, Tieg, Kottbuser Damm, ist die Prügelstrafe eingeführt worden. Der Einkäufer Wittmann vom Teppichlager hat bei öfteren Proben seiner Nachschauung gegeben. Bei jeder Gelegenheit versucht er, Angehörte zu ohreizen. Auf eine Beschwerde zur Personalleitung gesehen, erklärte er, er habe sich selber geprügelt, wenn er von seinem Chef eine Strafgeld bekommen habe.

Wenn auch die Personalchefin erklärte, daß diese Zeiten wohl vorbei seien, so konnte sie doch durch häßliches Lächeln gegenüber der Mißhandlung ihre unverhohlene Anerkennung dieser „schlagenden Beweise“ nicht verhehlen.

Wir Kolleginnen werden uns gegen die Angriffe eines jadisigen Unternehmerrandes wehren und mit der Revolutio-

nären Gewerkschaftsopposition für menschenwürdige Zustände, für Freiheit und Brot kämpfen. Der beste Beweis für unsere Kampfbereitschaft ist die Stimmgabe am 8. Dezember für die Listen der RGO. Unsere Angestelltenkandidaten sind Kurt Tisch und Gertrud Friedrich.

### Belegschaften der Tieg-Warenhäuser!

Oeffentliche Betriebsversammlung der Warenhäuser Hermann Platz am Montag, dem 8. Dezember, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12. Tagesordnung: Tarifkündigung und Betriebsratswahl. Freie Aussprache.

Zehn rote Mandate zum Sprechen.



# Der Monat des proletarischen Buches



23. Nov. bis 23. Dez.

## Lesen und lernen!

Was muß jeder klassenbewußte Arbeiter lesen?



Je tiefer die Wirtschaftskrise und das Massenelend, je mehr sich der Klassenkampf verschärft und zuspitzt, um so größer die Anforderungen, die an die Partei und an jeden aktiven Mitkämpfer in der roten Klassenfront gestellt werden. Es wächst die Verantwortung eines jeden einzelnen, jede Unterlassung, jeder Fehler wirkt sich immer verhängnisvoller aus. Die politische Entwicklung bringt oft überraschende Wendungen,

Wenn das Lesen des kommunistischen Manifestes Schwierigkeiten bereitet, der kann statt dessen als erstes Engels „Entwicklung des Sozialismus“ lesen. Auch ist es oft zweckmäßig, erst einen allgemeinen Überblick zu bekommen, um sich dann in Einzelprobleme zu vertiefen. Wer schon länger in der Bewegung steht, kann deshalb das Studium auch mit dem Programm der kommunistischen Internationale beginnen und zu den einzelnen Kapiteln jeweils die entsprechende Literatur lesen, wie sie in dem Leitfaden zum Programm angegeben ist.

Auf alle Fälle darf man diese Schriften nicht nur flüchtig lesen, sondern muß sie gründlich durcharbeiten, die

entscheidenden Sätze (der „rote Faden“, der sich durch das ganze Buch spinnt) durch Unterstreichungen hervorheben oder sich als Disposition herausheften. Andererseits soll man sich aber auch nicht bei Einzelheiten festhängen. Wenn ein Absatz oder ein Kapitel auch bei mehrmaligem Durchlesen noch nicht ganz klar ist, lese man ruhig weiter. Oft hilft das Nachfolgende das Verständnis für die vorangegangenen Darlegungen erleichtern.

Es genügt ja sowieso nicht, solche Bücher nur einmal zu lesen, sie sind damit noch lange nicht voll ausgeschöpft. Man wird, wenn man sie zum zweiten und dritten Mal liest, immer noch auf neue Probleme stoßen und viele Fragen in einem neuen Lichte sehen. Man muß auf diese Schriften immer wieder zurückkommen, sie mit den eigenen Erfahrungen vergleichen, nachschlagen, wenn „neue“ Probleme in der Parteiarbeit auftauchen. Man lese z. B. jetzt anlässlich des Moskauer Schädlingsprozesses in Stalins „Probleme des Leninismus“ im Kapitel über die proletarische Diktatur, was Lenin über den Klassenkampf unter der proletarischen Diktatur sagte.

komplizierte Situationen, für die es keine im voraus fertiggestellten Rezepte gibt, fordern die nur gemeißelt werden können, wenn jeder Genosse ein Mindestmaß an grundsätzlicher Schulung besitzt.

Auch die besten Kurse und Schulen können das Selbststudium nicht ersetzen, sondern sind nur Anleitung für das selbständige Lesen und Lernen. So knapp auch die Zeit eines jeden aktiven Mitkämpfers ist, er muß sich diese Zeit zum Lesen freimachen. Jede Stunde, die er dafür verwendet, kommt wieder seiner praktischen Arbeit zugute.

Ja, aber was soll man lesen? Es gibt ja eine solche Fülle von Schulungsliteratur. Wer soll sich da durchwählen? Wo soll man anfangen? Das Beste ist, an die Quelle zu gehen, die großen Lehrmeister Marx und Lenin selbst zu hören.

Die erste Schrift des Kommunismus, sein Geburtsdokument ist das „Kommunistische Manifest“ von Marx. Obwohl schon vor mehr als 80 Jahren geschrieben, liest es sich auch heute noch frisch und lebendig. Wenn einzelne Stellen Schwierigkeiten machen, der nehme daneben Engels „Grundzüge des Kommunismus“, die dieselben Probleme in der Form von Fragen und Antworten behandeln und damit das Studium und Verständnis erleichtern.

Eine ausführlichere Darstellung der kapitalistischen Ausbeutung gibt Karl Marx in „Lohn, Preis und Profit“. Die ersten Kapitel dieser Schrift, die Auseinandersetzung mit Weston, brauchen nicht unbedingt gelesen werden. Man beginnt mit dem II. Teil, in dem Marx seine Wert- und Mehrwerttheorie darstellt.

Die Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und ihren unvermeidlichen Untergang schildert sehr anschaulich „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ von Engels. Man lasse sich nicht abschrecken, wenn das zweite Kapitel der Schrift über den dialektischen Materialismus Schwierigkeiten macht und nicht sofort ganz verstanden wird. Wichtig ist für den Anfänger vor allen Dingen das dritte Kapitel „Die kapitalistische Entwicklung“.

Nach dem Studium dieser Schriften kann man sich an Lenins „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“ wagen. Es ist die Darstellung des Kapitalismus auf seiner höchsten Entwicklungsstufe in seiner heutigen Form der Trusts, Monopole und des Finanzkapitals. Lenin widerlegt den reformistischen Schwundel vom „organisierten Kapitalismus“ oder „Ultraimperialismus“ und kennzeichnet das „höchste“ Stadium des Kapitalismus als ein letztes, als Stadium des verfallenden, untergehenden Kapitalismus.

Die revolutionären Schlussfolgerungen aus dem „Imperialismus“ zieht Lenin in „Staat und Revolution“. Er entwirft darin die reformistische Verfallstheorie der Marxisten. Die Aufgaben der Partei, der Arbeiterklasse, ihre revolutionäre Taktik im Kampfe um die Mehrheit der Arbeiterklasse, die Notwendigkeit des unerbittlichen Kampfes gegen alle Abweichungen von Theorie und Taktik behandelt Lenin in seinem Buche „Der Revisionismus, Kinderkrankheit des Kommunismus“.

In Stalins „Probleme des Leninismus“ stehen im Mittelpunkt die Vorlesungen an der Stenobim-Linienverlei über die „Grundlagen des Leninismus“. In knapper, feinsartiger Form gibt Stalin eine systematische Darstellung des Leninismus, besonders aber seiner Lehre über Rolle und Aufgaben der Partei und über die kommunistische Strategie und Taktik.

Eine gedrängte, präzise Zusammenfassung all der in den vorstehenden Büchern behandelten Probleme gibt endlich das Programm der kommunistischen Internationale, das selbstverständlich ein jeder Kommunist lesen muß.

Mit den hier angeführten Schriften ist der reiche Wissensschatz des Marxismus-Leninismus natürlich noch lange nicht erschöpft. Sie sind nur das Grundgerüst, mit dem das Studium begonnen werden soll. Dabei braucht die angegebene Reihenfolge nicht immer starr innegehalten zu werden.

Ungewöhnliche Aufgaben erfordern ungewöhnliche Mittel. Eine gewaltige geistige Aufladung des Proletariats hat eingeleitet. Breite Schichten beginnen zu ahnen, was auf dem Spiele steht. Die Krise hat sie kritisch gemacht. Hat historisch die Arbeiterbewegung mit der Entstehung von Arbeiterbildungsvereinen eingeleitet, freilich nur als primitiver Selbsthilfe zum Erwerb einiger Brocken „allgemeiner Bildung“, so macht sich jetzt wieder ein Hunger nach politisch-theoretischer Schulung in den Massen bemerkbar: aber keine alltagsverföhrende und gehirntotmachende „Arbeiterbildung“ wird verlangt, sondern die entschiedenste Klassenkampfschulung, die Schulung im Marxismus-Leninismus.

Es ist es unmöglich, nur mit Kursen und Vorträgen an alle revolutionären Proletarier heranzukommen. Da muß das gedruckte Wort Ersatz leisten. Aber das Buch ist nicht immer so leicht verständlich geschrieben — wenn es überhaupt schon geschrieben ist! Es antwortet dem Leser nicht immer auf bestimmte, gerade seiner Erfahrungswelt entsprechende Fragen. Und schließlich legt er dann oft das Buch wieder aus der Hand.

Hier soll nun von einer ganz neuen Waffe Gebrauch gemacht werden — einer Waffe von größter Fern- und Massenwirkung:

**Marxistische Arbeiterschulung durch Bücher**  
Tausende und aber Tausende können sich nicht immer an bestimmte Schulungskurse und Unterrichtsstunden binden. Und

nicht für jeden Kreis von Marx und Lenin Studierendem ist sofort ein „Lehrer“ zu beschaffen.

Es kann an Hand der Unterrichtsbriefe ein mitgemachter Kursus zweckentsprechend wiederholt und vertieft werden.

Pädagogische Unterweisung, die Rücksicht nimmt auf die besonderen Voraussetzungen bei jedem „Schüler“, muß sein. Nun, da haben sich doch zum Beispiel auf dem Gebiete der Erlernung fremder Sprachen „Unterrichtsbriefe“ schon seit langem bewährt. Es kommt also darauf an, diese Form des Fernunterrichts auch für die Stoffgebiete des Marxismus-Leninismus und für die proletarischen Leser nutzbar zu machen.

Der Verlag für Literatur und Politik beginnt im November mit zwei Fernunterrichtskursen. (Herausgeber: Dr. Hermann Duncker, Prof. Alfons Goldschmidt, Dr. A. A. Wittfogel.) Im Abstand von zwei Wochen wird je ein zwei Bogen starkes Unterrichtsheft abwechselnd über politische Ökonomie und Geschichte der Arbeiterbewegung erscheinen. Später werden Kurse über historischen Materialismus und sozialistischen Aufbau folgen. Es werden im Laufe eines Jahres 24 Hefte (Unterrichtsbriefe) erscheinen.

Das im November erscheinende erste Heft (32 Seiten Großformat) geht aus von den „Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise“ und entwickelt alsdann eingehend die marxistische Werttheorie.

## Von Kautsky zu Lenin

Brief eines Arbeiters der AEG, Brunnenstraße

(Arbeitertorrespondenz)

Es wird sicher vielen jungen Arbeitern so gegangen sein, daß sie sich erst in der Praxis von der Richtigkeit des Lenin-Satzes überzeugen konnten, daß keine revolutionäre Praxis ohne revolutionäre Theorie möglich ist. Nachdem ich bereits eine Reihe Jahre in der sozialdemokratischen Bewegung tätig war, ging ich an die von Karl Kautsky dargestellten „Ökonomischen Lehren“ von Karl Marx heran. Freilich, für einen Arbeiter nicht ganz einfach, eine solche theoretische Darstellung des Kapitalismus und den Ausweg des Proletariats zu verstehen. Seit nachdem ich mich mit der Gedankenwelt des 6. und 7. Kapitels im dritten Abschnitt vertraut gemacht hatte, war es mir möglich, das ganze Buch zu lesen und ich glaube auch, den Inhalt zu verstehen.

Die gesamte Politik der Gewerkschaften in Lohn- und Arbeitszeitfragen ist ein Beweis für ihre konsequente Abkehr vom Marxismus. Fernsteins geflügeltes Wort war die Richtschnur aller Gewerkschaften: „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts.“ Der Opportunismus wurde triumph. Die ökonomischen Lehren und die praktische Anwendung, besser gesagt die Richtung durch die SPD und die Gewerkschaften, führten mich zu einer zweiten grundsätzlichen Betrachtung.

In Lenins „Staat und Revolution“ wurde ich dann endgültig von der Falschheit der reformistischen Ideologie überzeugt. Während die Sozialdemokratie ihre Jugend und die



Arbeiterklasse im Sinne eines sogenannten „freien Volksstaates“ erzieht, der täglich die Gummiknüppel auf die kämpfende Arbeiterklasse niederläßt, erklärt Lenin die bürgerliche „Demokratie“ als die Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Genau so wie Marx die Philosophie Hegels vom Kopf auf die Füße gestellt hat, werden die Lehren von Marx durch die Reformisten auf den Kopf gestellt. Lenin war der getreue Schüler von Marx, der die Lehre des Kommunismus konsequent weiterentwickelte bis zur siegreichen Oktoberrevolution. Darum vertieft auch in die Lehren Lenins.

### Lenin mahnt!

Die Literatur muß Parteiliteratur werden. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Sitten im Gegensatz zu der bürgerlichen Weltanschauung und Kämpferethik, im Gegensatz zum bürgerlichen literarischen Strebertum und Individualismus, zum „Erdarbeits- und zur Profitjagd“ — muß das sozialistische Proletariat das Prinzip der Parteiliteratur aufstellen, dieses Prinzip entwickeln und es möglichst vollständig und reiflich verwirklichen.

Worin besteht nun dieses Prinzip der Parteiliteratur? Nicht nur darin, daß für das sozialistische Proletariat das Literaturwesen kein Mittel zur Bereicherung einzelner Personen oder Gruppen sein darf — es darf überhaupt keine individuelle Angelegenheit sein, die unabhängig wäre von der allgemein proletarischen Sache. Fort mit den parteilosen Literaten! Das Literaturwesen muß ein Teil der allgemein-proletarischen Sache werden, ein „Rädchen und Schraubchen“ des einen einheitlichen großen kommunistischen Mechanismus, der durch die ganze klassenbewußte Avantgarde der ganzen Arbeiterklasse angezogen wird. Das Literaturwesen muß zu einem Bestandteil der organisierten, planmäßigen, vereinheitlichten kommunistischen Parteiarbeit werden.

**TOTAL AUSVERKAUF M. Schulmeister**  
Wegen Aufgabe 25-60 Proz. Rabatt  
HERREN- UND KNABEN-BEKLEIDUNGSHAUS  
Edelhaus Kohlbusser Tor

